

JAHRESBERICHT

1. Januar bis 31. Dezember 2006



Aargauische Industrie- und
Handelskammer

JAHRESBERICHT 2006

Entfelderstrasse 11
Postfach
5001 Aarau

Telefon 062 837 18 18
Telefax 062 837 18 19

info@aihk.ch
info@ahv-aihk.ch

www.aihk.ch
www.ahv-aihk.ch

Vorwort

Die wirtschaftliche Entwicklung ist im Berichtsjahr weiterhin positiv verlaufen. Die aargauische Wirtschaft kann auf ein erfreuliches Geschäftsjahr zurückblicken. Die Zahl der Arbeitslosen ist zurückgegangen, in verschiedenen Berufen ist es schwierig geworden, die notwendigen Fachkräfte zu finden. Das Lehrstellenangebot ist dank grosser Anstrengungen gestiegen, die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger aber ebenfalls. Die Lehrstellensituation bleibt also auch für 2007 angespannt.

Die Revision des Aargauer Steuergesetzes ist für die AIHK klar im Zentrum der politischen Aktivitäten gestanden. Mit grossem Engagement einer breiten Allianz von Verbänden und Parteien sowie Unterstützung durch Personen aus der Wirtschaft haben wir der Vorlage in der Volksabstimmung zum Durchbruch verhelfen können. Die Steuergesetzrevision bringt markante Entlastungen für juristische und natürliche Personen und verbessert damit die Standortattraktivität unseres Kantons wesentlich.

Wir haben die Gesamtzahl unserer Mitgliedunternehmen wiederum leicht erhöhen können. Unser gut ausgebautes Dienstleistungsangebot macht eine AIHK-Mitgliedschaft gerade für KMU (auch finanziell) interessant. Als neue Dienstleistung betreiben wir ab 1. Januar 2007 eine Abrechnungsstelle der Kantonalen Familienausgleichskasse. Eine aktive Mitgliederwerbung bleibt aber weiterhin nötig.

Der vorliegende Bericht informiert Mitgliedfirmen und Öffentlichkeit über das Wirken unserer Kammer im Jahr 2006. Wir danken den Mitgliedunternehmen für ihre Unterstützung, Verbundenheit und für die gute Zusammenarbeit, die wir bei vielen Gelegenheiten pflegen dürfen.

Aargauische Industrie- und Handelskammer



Dr. Hans-Peter Zehnder
Präsident



Peter Lüscher
Vorsitzender der Geschäftsleitung

Aarau, im März 2007



Inhaltsverzeichnis

Vorwort		3
1	Wirtschaftsjahr 2006	7
1.1	Gesamtschweizerische Wirtschaftslage 2006	7
1.2	Gesamtschweizerischer Ausblick 2007	15
1.3	Die Wirtschaftslage im Kanton Aargau	18
2	Kantonale Politik	29
2.1	Volksabstimmungen	29
2.2	Entwurf für ein neues Verwaltungsrechtspflegegesetz	29
2.3	Ausführungsgesetzgebung NFA-Umsetzung Aargau	30
2.4	Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB)	31
2.5	Harmonisierung der Schulstrukturen	32
2.6	Einführungsgesetz zum Umweltrecht	33
2.7	KMU-Entlastungsinitiative: Revision der Kantonsverfassung und des Geschäftsverkehrsgesetzes	35
2.8	Cassis-de-Dijon-Prinzip	36
2.9	Neues Wassernutzungsgesetz	37
2.10	Gesetz über die Hochschul- und Innovationsförderung	38
3	Eidgenössische Politik	40
3.1	Volksabstimmungen	40
3.2	Verhandlungen über Kopiertarife	40
3.3	Aufhebung der Lex Koller, Änderung des Raumplanungsgesetzes	41
3.4	Abgabe der Bundesbeteiligung am Unternehmen Swisscom AG	42
3.5	Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts im OR	44
3.6	Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (VOSA)	45
3.7	Anpassung des UWG in Zusammenhang mit der Fussball-Europameisterschaft 08	46
3.8	Aufhebung und Vereinfachung von Bewilligungen	47
3.9	Änderung des Bundesgesetzes über die Tabakbesteuerung	48
3.10	Revision 09 der Militärgesetzgebung, Entwürfe A bis C	49
3.11	Parlamentarische Initiative «Schutz der Bevölkerung vor dem Passivrauchen»	50
3.12	Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Schweizerische Landeswerbung	51
3.13	Presseförderung mittels Beteiligung an den Verteilungskosten (Änderung von Art. 15 des Postgesetzes)	53

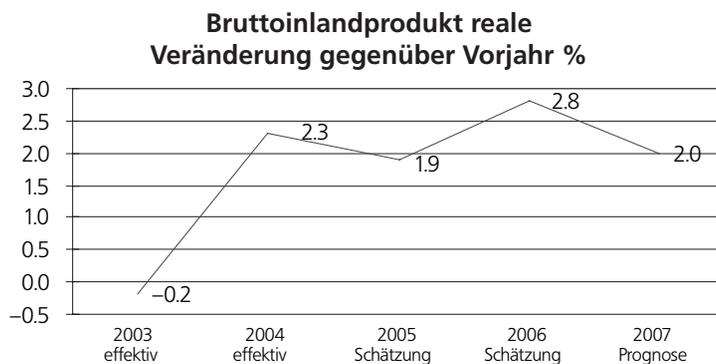
4	Beziehungen zur EU	54
5	Aussenbeziehungen	55
5.1	Organisationen	55
5.2	Medien und Öffentlichkeit	55
6	Dienstleistungen	56
6.1	Veranstaltungen	56
6.2	Export	57
6.3	Technologietransfer FITT	58
6.4	AHV-Ausgleichskasse, Familienausgleichskasse und Arbeitslosenkasse	61
6.5	Weitere Dienstleistungen	62
7	Vereinsangelegenheiten	63
7.1	Mitgliederbestand	63
7.2	Generalversammlung	63
7.3	Vorstand	63
7.4	Revisionsstelle	65
7.5	Regionalgruppen / Personalchefkonferenzen	65
7.6	Geschäftsstelle	65
7.7	Stiftungen Technik und Wirtschaft	66
7.8	Paritätische Kommission für Angestelltenfragen	67
8	Organe der Aargauischen Industrie- und Handelskammer	68
9	Aargauische Wirtschaftszahlen	74

1 Wirtschaftsjahr 2006

1.1 Gesamtschweizerische Wirtschaftslage 2006

Bruttoinlandprodukt (BIP)

Die seit Ende 2005 gute schweizerische Wirtschaftslage hielt bis zur Jahresmitte 2006 an, so dass die Konjunkturprognosen 2006 wie bereits im Vorjahr laufend nach oben revidiert wurden. Das Anfang 2006 geschätzte reale Wachstum von 2 % lag am Jahresende bei 2,8 % (+ 0,9 % gegenüber 2005). Die Unternehmen wiesen erfreuliche Gewinne aus. Bei den kotierten Gesellschaften erhöhten sich diese um rund 15 % und der zweistellige Zuwachs traf für einen Grossteil der übrigen Unternehmen ebenfalls zu. Das KOF-Konjunkturbarometer, welches in der Regel einen Vorlauf von zwei Quartalen zum BIP aufweist, hat jedoch seit Jahresmitte einen Abwärtstrend eingeschlagen, und zwar in allen Subbereichen (Industrie, Baugewerbe, Export). Dies deutet auf eine Abschwächung der Wachstumsrate für 2007 auf schätzungsweise 2 % hin.



Zum Realwachstum beigetragen haben 2006 der exzellente Export von Waren und Dienstleistungen mit 9,1 % Zuwachs und die Ausüstungsinvestitionen mit 8 %. Der Privatkonsum wuchs lediglich 1,8 %. Die Angst vor einem Arbeitsplatzverlust hielt die Euphorie der Konsumenten in Grenzen.

Der Finanzsektor (Banken und Versicherungen) hat am meisten zum landesweiten Aufschwung beigetragen. Ende 2005 verwalteten die Banken 6,9 Billionen Franken und lagen damit weltweit an dritter Stelle. Neben der Industrie hatte 2006 auch der binnenorientierte Sektor (Handel, Gastgewerbe, Nachrichtenübermittlung und Verkehr) einen Wachstumsbeitrag geleistet.

Gemäss einer Untersuchung von Accenture waren die Top 500 Unternehmen für 69 % des Umsatzes aller Schweizer Unternehmen verantwortlich. Diese wuchsen in den letzten fünf Jahren um 3,6 %, die Industrieunternehmen gar um 4 %, während das BIP lediglich 1,9 % anstieg.

Auf globaler Ebene lief die Konjunktur mit plus 5,3 % Realwachstum des weltweiten BIP ebenfalls erfreulich. Neben Amerika (+ 3,3 %), China (+ 10 %) und den übrigen Schwellenländern (+ 8 %) verzeichnete auch Europa mit + 2,5 % eine seit sechs Jahren nicht mehr erlebte Dynamik, von welcher die Exportindustrie in erheblichem Ausmass profitierte.

Aussenhandel

Die Exporte stiegen 2006 nominell um 12,9 % (7,3 % 2005) und 9,1 % real (5,5 % 2005). Die Ausfuhren in Industrieländer wuchsen mit 11,3 % leicht unterdurchschnittlich. Besonders hervorzuheben sind die Exporte in die Transformationsländer GUS (+ 49,5 %) und Südosteuropa (+ 28,2 %), Indien (+ 34,7 %) sowie Südkorea (+ 31,2 %).

Bei den Branchen stachen die Präzisionsinstrumente mit real + 21,7 %, die Nahrungs- und Genussmittel mit + 14,5 %, dicht gefolgt von den Bijouterie- und Juwelierwaren (+ 12,4 %) besonders hervor. Letztere konnten wie die Chemische Industrie ihre Preise deutlich erhöhen. Das Gegenteil war bei den Präzisionsinstrumenten der Fall. Dort lagen die realen Exporte bei + 21,7 %, die nominellen Werte hingegen stiegen mit 12,0 % nur knapp halb so stark.

Über 60 % der schweizerischen Exporte gehen in die EU. Deutschland als wichtigster Handelspartner der Schweiz entwickelte mit + 14,6 % eine überdurchschnittlich grosse Nachfrage nach helvetischen Waren, ebenso Frankreich (+ 12,7 %), unser zweitwichtigster Handelspartner.

Die für den Aargau wichtige Maschinen- und Elektronikindustrie wies im selben Zeitraum gesamtschweizerisch einen realen Exportzuwachs von 10 % (+ 9,8 % nominal) auf, wobei die Abweichungen innerhalb der Branche beträchtlich sind. Erwähnen möchten wir lediglich das beste Resultat bei den Maschinen für die grafische Industrie (+ 19,3 %, Vorjahr + 6,1 %) sowie den nominellen Rückgang bei der Telekommunikation -31,5 % (+ 80,9 % 2005!).

Die Einfuhren verzeichneten 2006 einen nominellen Zuwachs von 11 % (+ 8,8 % 2005), real hingegen wuchsen sie lediglich 5,6 %. Neben der massiven Verteuerung der Energieträger (+ 24,9 % nomineller Import, + 1,2 % real) zogen auch 2006 die Preise der Halbfabrikate, insbesondere der Buntmetalle (+ 32 % nominell, + 14,6 % real), spürbar an. Letztere wiesen eine volumenmässige Zunahme aus, welche auf die gute Konjunktur zurückzuführen ist. Die Preissteige-

rungen wiederum sind auf die Angebotsverknappung bei den Basismetallen Kupfer, Zink und Nickel sowie Spekulationseinflüsse zurückzuführen.

Bei den Importen schwangen wiederum die Bijouterie- und Juwelierwaren mit + 15 % nominellem Wachstum oben auf. Mengenmässig sank der Import hingegen um – 9,2 % (= real). Maschinen und Apparate für Industrie und Bau wurden ebenfalls rund 15 % mehr importiert, hingegen sank der Import von Geräten des Dienstleistungsgewerbes (Übermittlungsapparate und -installationen (– 13,7 %)).

Der Exportüberschuss lag mit 11,7 Mrd. Franken 50 % über dem Vorjahresergebnis. Der Preisanstieg übertraf einführseitig mit 5,2 % (6,1 % 2005) nur wenig den Anstieg bei den Ausfuhren + 3,4 % (+ 3,6 % 2005). Damit verschlechterten sich die Terms of Trade.

Investitionen

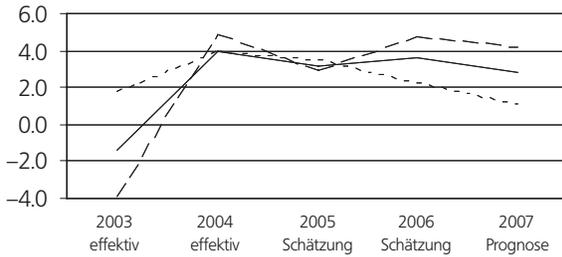
Die anhaltend hohe Auslastung der Produktionskapazitäten in der Industrie führte zu einem markanten Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen um 8 %. Insbesondere die tiefen Zinsen und die positiven Unternehmenserträge belebten die Nachfrage nach Industriemaschinen, welche 40 % der gesamten Ausrüstungsinvestitionen ausmachen. Aber auch Präzisionsinstrumente, vor allem medizinische und optische Geräte mit einer hohen Wertschöpfung, erlebten eine gute Nachfrage.

Die gesamten Bauinvestitionen erhöhten sich auch 2006 in den ersten drei Quartalen. Nur moderat steigende Zinsen und eine bessere Beschäftigungslage gepaart mit steigenden Einkommen begünstigten einmal mehr den Wohnungsbau, welcher jedoch gegen Jahresende seinen Zenit erreichte. Die Wohnbauinvestitionen expandierten spürbar langsamer als im ersten Halbjahr. Sehr dynamisch entwickelte sich der zyklische Wirtschaftsbau, welcher jedoch nur rund 15 % der gesamten Bautätigkeit ausmacht. Insgesamt hat der Hochbau in den ersten drei Quartalen einen Zuwachs von 3 % (+ 8,2 % 2005), der Tiefbau von 6 % (+ 1,6 % 2005) zu verzeichnen.

Die beanspruchten Baukredite und Hypotheken erhöhten sich um 5 %. Mit rund 45 000 Wohneinheiten wurden 3 000 mehr als 2005 erstellt, was zu einem Leerwohnungsbestand von rund 1,2 % führte. 2006 zeichnete sich mehrheitlich durch eine Mengenkonzunktur mit zum Teil dünnen Margen aus, trotz der geschätzten vierprozentigen Preiserhöhung, welche mehrheitlich auf die Erdölpreiserhöhung im Tiefbau zurückzuführen ist.

Der Einkaufsmanagerindex hat während elf aufeinander folgenden Monaten die Marke von 60 überschritten. Ein Wert von über 50 bedeutet Expansion. Seit Herbst 2006 zeichnet sich jedoch eine Entspannung bei den Kapazitätsengpässen ab. Die Lagerbestände wurden laufend abgebaut und befanden sich am Jahresende auf einem tiefen Niveau.

Investitionen Realwachstum in %

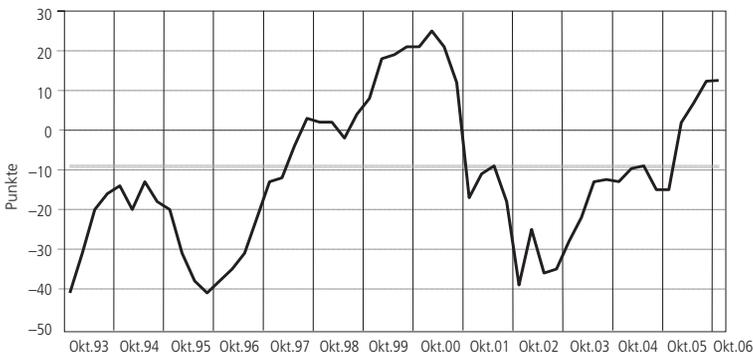


— Anlageinvestitionen total - - - Ausrüstungen ····· Bauinvestitionen

Konsum

Gemäss der durch das Staatssekretariat für Wirtschaft (seco) vierteljährlich durchgeführten Umfrage bei rund 1100 Haushalten erhöhte sich die Konsumentenstimmung kontinuierlich während des ganzen Jahres. Im Oktober 2006 verharrte sie schliesslich bei + 13 Punkten nahezu unverändert auf dem hohen Niveau, welches bereits im Juli (+ 12 Punkte) erreicht wurde. Trotz einer gewissen Abflachungstendenz waren die Konsumenten somit weiterhin zuversichtlich gestimmt. Nach dem schwachen Start im ersten Quartal verbesserten sich die Detailhandelsumsätze in der zweiten Jahreshälfte und erzielten ein durchschnittliches Realwachstum von 1,5 %. Der Hang zu Luxuskäufen (Uhren, Schmuck, Lederwaren) blieb bis zum Jahresende ungebrochen. Somit war der private Konsum 2006 mit einem realen Wachstum von 1,8 bis 2 % wiederum eine gute Konjunkturstütze. In der Schweiz trägt er etwa 60 % zum BIP-Wachstum bei, gegenüber 75 % in den USA.

Index der Konsumentenstimmung

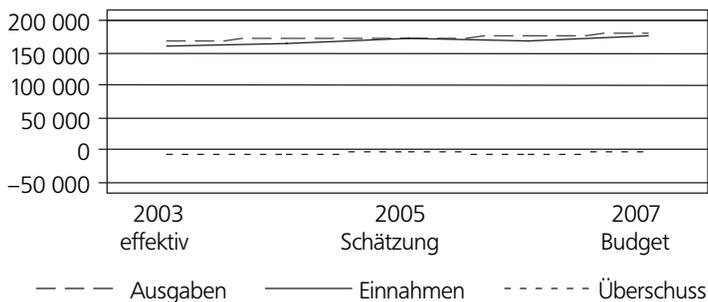


Quelle: seco

— Mittelwert seit Oktober 1972

Die anhaltenden Sparanstrengungen der öffentlichen Hand gepaart mit geplanten Steuersenkungen führten erneut zu einem Rückgang des öffentlichen Konsums von real 0,4 % (–1,6 % 2005). Wie bereits in den Vorjahren budgetierten alle drei Ebenen einen Ausgabenüberschuss, allerdings einen um die Hälfte tieferen als 2005.

Konsolidierte Rechnungen der öffentlichen Haushalte und Sozialversicherungen in Mio. Franken



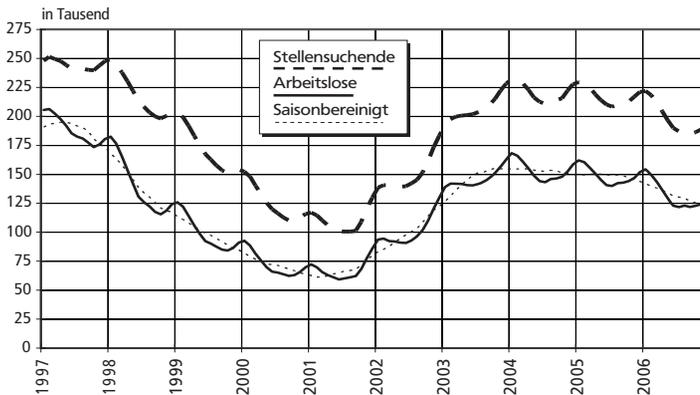
Arbeitsmarkt

Der internationale Konkurrenzdruck wirkt sich immer mehr auf den Arbeitsmarkt aus. Die tatsächlich geleistete wöchentliche Arbeitszeit der Schweizer Vollzeitangestellten nimmt seit 2002 wieder zu. 2004 lag das Mittel bei knapp 42 Stunden. Die Zahl der Industriefirmen, welche bei gleich bleibendem Lohn dank Ausnahmeklauseln länger arbeiten, wird auch 2007 steigen. Dank der Öffnung des Arbeitsmarktes für EU-Bürger ist der Lohndruck für die Arbeitgeber gering.

Für das Jahr 2006 wurden Lohnabschlüsse von + 1,6 % nominal vereinbart. An der Spitze stand die Bauwirtschaft mit + 2,5 %. Tatsächlich stiegen die durchschnittlichen Monatslöhne im Bauhauptgewerbe um nominell 1,9 %. Überdurchschnittliche Lohnabschlüsse verzeichneten auch der IT-Sektor (+ 2,2 %), Pharma und Chemie (+ 2,1 %) sowie Uhren, Energie und Telekommunikation mit je + 2 %.

Ende 2006 waren rund 11 000 offene Stellen zu verzeichnen; 20 % mehr als vor einem Jahr. Die Werbeausgaben für Stelleninserate stiegen gar um 23 %. In der Industrie nahm die Beschäftigung um 2,3 % und im Dienstleistungssektor um 1,1 % zu. Insgesamt wurden 44 000 neue Stellen geschaffen. Jede dritte neue Stelle im 2. Sektor wurde in der Herstellung von medizinischen Geräten, Präzisionsinstrumenten und Uhren geschaffen. Auch im Banken- und Versicherungssektor erfolgten zahlreiche Neueinstellungen. Es fehlten jedoch gut ausgebildete Fachkräfte vor allem im technischen Bereich und in der Bauwirtschaft, welche seit der EU-Öffnung zunehmend im Ausland rekrutiert werden.

Die Arbeitslosigkeit hat sich erfreulicherweise auf 3,3 % (3,8 % Vorjahr) zurückgebildet. Im Jahresdurchschnitt 2006 waren 131 532 Personen (Vorjahr: 148 537) als arbeitslos registriert. Verglichen mit dem Vorjahr entspricht dies einer Abnahme um 17 005 Personen oder 11,4 % (- 3 % 2005). Die absolute Zahl betrug Ende Dezember 2006 128 580 (151 764 Dezember 2005) arbeitslose Personen. Die grosse Zahl von Schul- und Lehrgangern führte jedoch zu keinem stärkeren Abbau der Jugendarbeitslosigkeit. Die Nettoarbeitsmarktprognose lag im vierten Quartal 2006 bei + 11 % (+ 3 % 4. Quartal 2005).



Quelle: sec0

Beim 1. Sektor (Land-/Forstwirtschaft) ist die Arbeitslosigkeit im November 2006 mit 1,3 % (Vorjahr 1,6 %) noch einmal gesunken und praktisch inexistent, im 2. Sektor (Industrie) lag sie bei 3 % (Vorjahr 3,7 %) und der 3. Sektor (Dienstleistungen) lag wiederum mit 3,6 % (Vorjahr 4,3 %) über dem Durchschnitt. Die Gesamtzahl der Stellensuchenden (Summe von registrierten Arbeitslosen und registrierten nichtarbeitslosen Stellensuchenden) betrug im Jahresdurchschnitt 197 414 Personen (- 19 740 Personen bzw. - 9,1 % gegenüber 2005).

61 % (60 % 2005) aller Arbeitslosen entfielen auf die mittlere Altersklasse von 25 bis 49 Jahren. Der Anteil der 15- bis 24-jährigen sank von rund 20 % auf 17 %, hingegen stieg jener der über 50-jährigen von 20 auf 22 %.

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen verharrt seit 2004 auf einem Niveau von 20 %. Der Höchststand wurde 1998 mit rund 34 % erreicht, danach sank er Anfang 2002 vorübergehend auf rund 11 %.

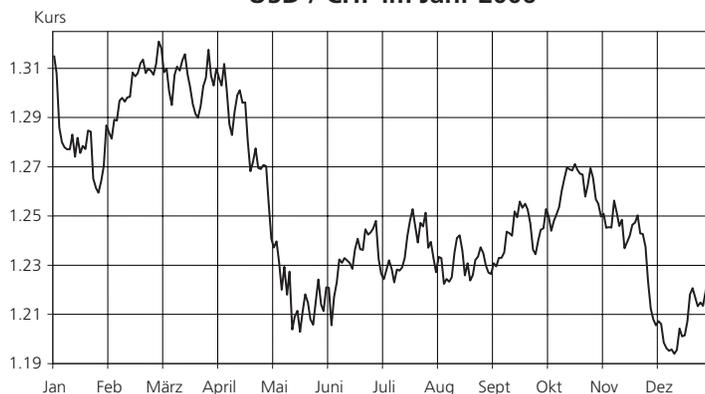
Nach Berufsgruppen lagen Gastgewerbe/Hauswirtschaft mit 13,6 % (12,8 % 2005) und Handel/Verkauf mit 10 % (unverändert) wiederum an der Spitze. Eine Arbeitslosenquote von 0 % (0,5 % 2005) verzeichneten die Keramik- und Glasverarbeitungsindustrie. Bergbau, Sport

und Unterhaltung lagen bei 0,1 %. Interessanterweise übten nach wie vor über 50 % der Arbeitslosen Fachfunktionen und keine Hilfsfunktionen aus.

Währung

Die Entwicklung an der Währungsfront verzeichnete zwei unterschiedliche Tendenzen. Der Schweizer Franken erfuhr 2006 gegenüber dem Euro eine kontinuierliche Abwertung von Fr. 1.55 auf Fr. 1.60 gegen Jahresende, was ein zusätzlicher Vorteil für die Exportindustrie darstellte. Ein massgeblicher Grund lag in den höheren europäischen Zinsen. Der Dollar hingegen litt unter Schwächetendenzen und fiel von Fr. 1.32 auf Fr. 1.22, was insbesondere für multinationale Unternehmen mit Schwerpunkt in Übersee und in asiatischen Ländern eine wechselkursbedingte Gewinnschmälerung verursacht.

USD / CHF im Jahr 2006



EUR / CHF im Jahr 2006



Teuerung / Preisentwicklung

Die Globalisierung hat 2006 wiederum dazu geführt, dass sich die Konsumentenpreise nur mässig erhöhten und die Inflation auf dem Vorjahresniveau von rund 1,1 % verharrte. Der Rohölpreis stieg zwar in den Monaten April bis Juli auf über 75 Dollar. Am Jahresende schloss er jedoch auf dem Niveau von Anfang Jahr, nämlich bei rund 60 Dollar.

Die Produzentenpreise stiegen bis November 2006 um 2 %, die Importpreise um 4,2 % und die Gesundheitskosten erneut kräftig um 5,6 %.

Die Baupreise erhöhten sich in den ersten zehn Monaten im Hochbau um 2,2 %, im Strassenbau um 3,6 %. Der gesamtschweizerische Index der Angebotsmieten kletterte 1,9 % auf 106,8 Punkte.

Der Wettbewerb hat sich auf dem bisher abgeschotteten Binnenmarkt etwas verstärkt. Die intensivere Konkurrenz dürfte Kostenüberwälzungen bei zahlreichen Gütern verhindern. Dieser Preisdruck kann nur mittels Produktivitätssteigerungen oder Margenkürzungen aufgefangen werden. Die Arbeitsproduktivität ist denn auch von 1991 bis 2004 um 1,1 % jährlich gestiegen.

Ertragsbilanz

Der Überschuss der Ertragsbilanz betrug in den ersten neun Monaten 2006 gemäss Schätzungen der SNB 65,1 Mrd. Franken, wovon 51,3 Mrd. Franken auf den Saldo der Kapitaleinkommen entfielen, der Netto-Warenexport betrug 3,8 Mrd. Franken (11,4 Mrd. Franken effektiv Januar bis November 2006) und der Netto-Dienstleistungsexport 24,5 Mrd. Franken.

Einmal mehr verdoppelten sich die Direktinvestitionen im Ausland im Vergleich zum dritten Quartal des Vorjahres auf 37 Mrd. Franken. Es handelt sich um den zweithöchsten Wert. Der höchste Wert wurde Ende 2000 mit über 40 Mrd. Franken erreicht. Investiert wurde mehrheitlich in den USA und Kanada. Beinahe 60 % investierten Finanz- und Holdinggesellschaften, gefolgt von der Chemischen Industrie (5 Mrd. Franken) sowie der Nahrungsmittelindustrie. Umgekehrt verharrten die ausländischen Direktinvestitionen in der Schweiz bei 1 Mrd. Franken. Die Schweiz gilt bei ausländischen Investoren seit 2005 nicht mehr zu den 25 bevorzugten Investitionsländern.

Im dritten Quartal 2006 erfolgten Portfoliodesinvestitionen. Die schweizerischen Investoren profitierten vom Kursanstieg an der Börse und verkauften netto für 6 Mrd. Franken ausländische Wertpapiere

(Aktien, Obligationen). Auch die ausländischen Anleger verkauften netto für 1 Mrd. Franken schweizerische Wertpapiere.

Geldmenge und Zinsen

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) erhöhte 2006 insgesamt vier Mal auf Quartalsende das Zielband für den Dreimonats-Libor jeweils um 0,25 Prozentpunkte, womit am Jahresende ein Stand von 1,50 % bis 2,50 % erreicht wurde. Ihr Ziel, die Geldmenge zu reduzieren, wurde bei M1 und M2 erreicht und nur M3 erhöhte sich weiterhin.

Entsprechend stieg auch der Dreimonats-Libor für Schweizer Franken um rund 1 % auf 2 % gegen Jahresende. Die Rendite 10-jähriger Bundesobligationen erhöhte sich von 2,2 auf 2,5 %. Somit bestand in der Schweiz wie in anderen westlichen Industrieländern eine sehr flache Zinskurve. USA und Grossbritannien wiesen sogar eine inverse Zinsstruktur auf.

Strukturelle Veränderungen

Betrachtet man die sich langsam verändernden wirtschaftlichen Strukturen etwas näher, so kann festgehalten werden, dass die Segmentierung der Wirtschaft auch 2006 weiter fortschritt. Auf der einen Seite stehen der hochproduktive und innovative Exportsektor und die Grossfirmen. Auf der anderen Seite die binnenmarktorientierten Firmen und die KMU. Diese rund 330 000 kleinen und mittleren Unternehmen waren 2006 jedoch in bester Verfassung und schufen zunehmend Arbeitsplätze. Da sie weniger exportabhängig sind, werden sie das Wirtschaftswachstum auch 2007 stärker stützen als die Grossunternehmen.

1.2 Gesamtschweizerischer Ausblick 2007

2007 zeichnet sich eine Abkoppelung der US-Wirtschaft vom weltwirtschaftlichen Wachstum ab. Das heisst, die Abschwächung der US-Wirtschaft wird sich nicht nennenswert auf die weltwirtschaftliche Entwicklung und die europäische Wirtschaft auswirken. Die USA wachsen unterhalb des langfristigen Trends und sie werden nicht mehr länger die Wachstumslokomotive spielen. Europa ist zu einem tragfähigen Wirtschaftsblock verschmolzen und bleibt zusammen mit Japan und China auf Wachstumskurs.

Das KOF-Konjunkturbarometer hat sich ab Mitte 2006 sukzessive zurückbewegt und stand Ende Dezember 2006 bei 1,6. Damit liegt es aber immer noch über dem Stand von 1,36 Ende 2005. Für 2007 ist in der Schweiz mit einem geringeren Konjunkturwachstum zu rechnen.

Bei einem auf 2,5 bis 3 % abgeschwächten Wachstum in den USA und einem stabilen BIP-Zuwachs von 2 % in der EU dürfte das ausenwirtschaftliche Umfeld für die Schweiz weiterhin positiv bleiben. Auf Grund der erfreulichen Gewinnausweise der Unternehmen von mindestens 10 % rechnen wir in der Schweiz mit einem nur leicht tieferen Wachstum von real 2 %. Damit bleibt das Wachstum nach wie vor über dem Durchschnitt der letzten 15 Jahre und dem mittelfristigen Potenzialwachstum.

Die robuste Weltkonjunktur bietet der Schweiz weiterhin ausenwirtschaftliche Impulse für die Exportindustrie. Die EU, unser wichtigster Handelspartner, rechnet mit einem Wachstum von 2 % (2,3 % 2006). Die USA machen lediglich 10 % der Exporte aus. Ein Rückgang der US-Konjunktur wird trotzdem spürbar sein. Positiv zu vermerken ist das Freihandelsabkommen mit Japan, welches 2007 abgeschlossen werden soll und den Export nach Asien weiter begünstigen wird.

Die Exporte werden sich jedoch dem abgeschwächten Weltwirtschaftswachstum anpassen und moderater zunehmen (ca. 4 % gegenüber 9,1 % real 2006).

Auf Grund der für 2007 vereinbarten Lohnerhöhungen dürfte die Binnenkonjunktur von den guten Erwerbseinkommen profitieren. Die latente Arbeitsplatzunsicherheit wird jedoch zu keinem überbordenden privaten Konsum führen, so dass dieser auf dem Niveau von 2006 um 1,8 bis 2 % herum stagnieren wird.

Vom staatlichen Konsum sind weiterhin wegen des anhaltenden Spardrucks keine Impulse zu erwarten. Die Ausgaben werden schätzungsweise ein halbes Prozent zunehmen (– 0,4 % 2006).

Der Wachstumsbeitrag der Ausrüstungsinvestitionen ans BIP ist seit Ende der 90er-Jahre von 1 bis 1,5 % auf 0,5 % zurückgegangen. Die robuste Gesamtnachfrage wird die Nachfrage nach Ausrüstungsinvestitionen weiter stützen, es ist jedoch mit einer Abschwächung des realen Zuwachses von 5 % auf 4 % zu rechnen.

Der Boom bei den Bauinvestitionen läuft allmählich aus. Die vereinbarten Neuaufträge für Bauinvestitionen in den ersten drei Quartalen 2006 entsprachen jenen des gleichen Zeitraums 2005, so dass 2007 mit einer ähnlichen Entwicklung gerechnet wird. Die Auftragseingänge sanken in der zweiten Jahreshälfte 2006 und der Arbeitsvorrat sank gegen Jahresende ebenfalls. Eine Umsatzstagnation oder ein leichter Rückgang von – 0,5 % ist deshalb wahrscheinlich auf Grund der abnehmenden Tendenz im Tiefbausektor.

Die Entwicklung auf der Wechselkursseite ist mit zahlreichen Unwägbarkeiten belastet. Sehr vieles dürfte vom Verhalten der Chinesen und

anderer asiatischer Handelspartner gegenüber den USA abhängen. Ein allfälliger «Handelskrieg» wegen mangelnder Währungsflexibilisierung der asiatischen Länder dürfte den Aufwärtsdruck auf den Euro verstärken und gleichzeitig den Dollar schwächen.

Über 60 % der weltweiten Devisenreserven werden in Dollars gehalten. Es gibt jedoch Anhaltspunkte, dass die OPEC-Länder beginnen, einen Teil ihrer Dollarpositionen in Yen oder Euro umzuschichten und auch die chinesische Zentralbank deutet an, die Struktur ihrer Währungsreserven zu überdenken.

Die nach wie vor erwartete tiefe Inflationsrate in der Schweiz von 1 % im Gegensatz zur EU (2,2 %) und den USA (2,8 %) und der hohe Leistungsbilanzüberschuss stellen eine gute Stütze für den Schweizer Franken dar.

Bei den Kapitalmarktzinsen ist eine Seitwärtsbewegung auf dem Niveau von ungefähr 2,5 % für zehnjährige Staatsanleihen zu erwarten. Vor dem Hintergrund eines fehlenden nachhaltigen Teuerungsdrucks, einer relativ hohen realen Verzinsung von weit über 1 % und einer grossen Risikobereitschaft der Anleger dürfte der Druck hin zu deutlich steigenden Anleihenrenditen am schweizerischen Kapitalmarkt relativ gering sein. Die kurzfristigen Geldmarktzinsen hingegen könnten in der ersten Jahreshälfte noch einmal anziehen, um sich danach zu stabilisieren. Das bedeutet für den Dreimonats-Libor eine Grössenordnung von 2 %.

Ende Dezember 2006 deutete die SNB an, die Zinsen auch 2007 moderat zu erhöhen und damit die Inflation weiter auf etwa ein halbes Prozent zu senken.

Einzelne Betriebe der Maschinenindustrie vereinbarten Lohnerhöhungen für 2007 bis 3 %, es gab aber auch Firmen mit null Prozent, das Gros bewegte sich zwischen 1,5 und 2,5 % nominal. Die Arbeitnehmenden wurden 2006 häufig über Boni am guten Geschäftsgang beteiligt. Auch mit den Angestellten im Hotel- und Gastgewerbe wurde eine Realloohnerhöhung von 0,8 % vereinbart. Gleichzeitig wurde eine 10-prozentige Erhöhung für Kost und Logis verfügt. Die Baumeister empfehlen für 2007 eine Lohnerhöhung von 1,5 %.

Bei Lohnerhöhungen von ca. 2,5 % nominal werden die real verfügbaren Einkommen steigen und 2007 eine gute Konjunkturstütze bilden. Der Index der Konsumentenstimmung hatte sich seit Oktober 2005 kontinuierlich erhöht. Ende Oktober 2006 lag er bei 13 Punkten.

Auch 2007 wird eine Beschäftigungszunahme um 0,6 % auf Vollzeitbasis und eine damit verbundene Senkung der Arbeitslosigkeit auf 2,8 % erwartet (3,3 % 2006). Bis Ende 2007 dürfte die Zahl der Ar-

beitsplätze zunehmen. Der Stellenausbau wird jedoch selektiv erfolgen. Vor allem die Finanzbranche, die verarbeitende Industrie sowie das Gastgewerbe erwarten eine Zunahme der Personalbestände. Die Baubranche hingegen weist einen markanten Rückgang der Netto-Arbeitsmarktprognose aus.

1.3 Die Wirtschaftslage im Kanton Aargau

Die AIHK führt alljährlich im Januar ihre traditionelle Wirtschaftsumfrage bei ihren Mitgliedfirmen durch. An der Umfrage vom Januar 2007 beteiligten sich 654 Firmen. Die hohe Rücklaufquote von 52 % lässt eine aussagekräftige Auswertung zu. Die Kammer dankt allen beteiligten Firmen für ihre wertvolle Unterstützung.

Die Tabellen 1 und 2 am Ende des Kapitels fassen die Resultate der Umfrage zusammen. Sie zeigen,

- wie die Prognosen für 2006 am Jahresanfang ausfielen,
- wie das Wirtschaftsjahr 2006 rückblickend im Januar 2007 bewertet wird,
- welches die Prognosen für das Geschäftsjahr 2007 sind.

1.3.1 Allgemeines

Die Anzahl Beschäftigte hat auf Grund der Betriebszählung 2005 gegenüber 2001 im Kanton Aargau wenig zugenommen, und dies dank dem Dienstleistungssektor (+ 2,9 %). Im Industriebereich nahm sie hingegen um 4,4 % ab. Trotzdem beschäftigte der 2. Sektor nach wie vor 34 % der Arbeitskräfte, womit der Kanton Aargau weiterhin ein Industriekanton bleibt. Berücksichtigt man die Erkenntnis, dass die 500 grössten Firmen in den Schweiz und insbesondere die Industrieunternehmen in den letzten 5 Jahren überdurchschnittlich wuchsen (siehe Abschnitt 1.1 zum Thema BIP), so muss sich diese Struktur nicht unbedingt nachteilig auswirken. Erfreulich ist zudem, dass mit ABB und Holcim zwei Aargauer Unternehmen zu den Top 10 der Schweiz gehören.

Die Steuerbelastung hat im Kanton Aargau zugenommen. Besonders markant ist der Rangverlust bei den Unternehmenssteuern (112,2 %) von Rang 15 auf Rang 19. Auch das Pro-Kopf-Volkseinkommen wuchs 2004 wieder unterdurchschnittlich (0,3 %). Absolut gesehen fiel der Kanton von Rang 11 auf Rang 12 zurück. Die CS-Studie vom Juni 2006 «Was den Haushalten unter dem Strich bleibt» zeigt zu-

dem, dass das frei verfügbare Einkommen im Kanton Aargau nach Abzug von Steuern, Sozial-, Wohn- und Elektrizitätskosten ebenfalls auf Rang 12 und nur wenig über dem gesamtschweizerischen Durchschnitt liegt. Es ist zu hoffen, dass mit der im Jahr 2006 beschlossenen Steuergesetzrevision der Kanton Aargau bald in den vorderen Rängen zu finden sein wird und der geplante Wachstumsschub eintritt.

Die gute Wirtschaftslage drückte die Konkurse gesamtschweizerisch um 6,2 % auf 4 211, im Kanton Aargau hingegen sanken sie lediglich um 2,5 % auf 274. Die Firmengründungen wiederum stiegen in der Schweiz um 1,4 % auf 34 268 und im Kanton Aargau nahmen sie um 5,6 % auf 1 849 ab.

Auf Grund der robusten Nachfrage vor allem nach Investitionsgütern präsentiert sich der sekundäre Sektor besonders dynamisch. Die Maschinen-, Elektro-, Kunststoff- und die chemisch-pharmazeutische Industrie verzeichneten Wachstumsraten von über 4 %. Grosshandel und Verkehrsbetriebe sowie der Finanzsektor profitierten 2006 von den weltweit günstigen Rahmenbedingungen.

Die Arbeitslosenrate lag Ende 2006 mit 2,7 % im Kanton Aargau 0,6 % unter dem schweizerischen Durchschnitt.

Der Kanton Aargau ist nach wie vor ein Einwanderungskanton. Die Bevölkerungszahl stieg im vergangenen Jahr um 0,8 % auf 573 654 Einwohner. Trotzdem konnte die Zahl der Stellensuchenden um 2 282 auf 12 398 Personen abgebaut werden. Die starke Zuwanderung von Ausländern im oberen Einkommensbereich fördert zudem die Nachfrage nach Wohneigentum. Das Angebot wurde deshalb 2006 überdurchschnittlich erweitert, was zu einem Leerwohnungsbestand von 14 % bei den Neubauten führte.

1.3.2 Branchenrückblick 2006

Das vergangene Jahr fiel für die Aargauer Wirtschaft erfreulich aus. Die meisten Branchen wiesen eine sehr starke Verbesserung der Ertragslage gegenüber 2005 aus. Eine gegenüber 2005 stagnierende Ertragslage meldeten die Nahrungsmittelindustrie und Lederwaren/Schuhe. Einen Ertragsrückgang gegenüber 2005 verzeichneten lediglich das Papier- und Druckgewerbe.

«Jahresgewinner» gemessen an der Zahl der positiv vom Kantonsmittel abweichenden Antworten gab es 2006 keine. Die Entwicklung verlief ausgesprochen gleichmässig, so dass die meisten Branchen sich im Rahmen des kantonalen Durchschnittes bewegten.

Negativ vom Kantonsmittel abweichend und auf der «Verliererseite» standen wie bereits im Vorjahr die Lederwaren/Schuh-Industrie und das Papier-/Druckgewerbe sowie neu auch das Unterrichtswesen.

Das Umsatzwachstum im gesamten Kanton basiert sowohl auf der Inlandnachfrage als auch dem Export und beide Sparten verbesserten sich deutlich. Das Wachstum des Baugewerbes und der Banken/Versicherungen basiert vorwiegend auf dem Inlandumsatz.

Der Druck auf die Verkaufspreise im In- und Ausland hielt unvermindert an. Gesamthaft konnten die Preise gegenüber 2005 gehalten werden. Lediglich das Papier-/Druckgewerbe und Banken/Versicherungen verzeichneten einen Rückgang bei den Inlandpreisen. Vor allem im Industriesektor meldeten einige Branchen höhere Inlandpreise, hingegen meldeten nur wenige höhere Auslandpreise.

Die Auslastung der Produktionskapazitäten konnte im kantonalen Mittel von 85,3 % auf 88,9 % gesteigert werden. Die meisten Branchen erhöhten deshalb ihre Investitionen. Stagniert haben sie lediglich in der Textil-/Bekleidungsbranche und der Kunststoffindustrie.

Die Beschäftigung konnte kantonsweit leicht erhöht werden, ebenso im Dienstleistungssektor. Die Baubranche und der Industriesektor hingegen stellten wesentlich mehr Mitarbeitende ein als im Vorjahr. Keinen Beschäftigungszuwachs meldeten lediglich Lederwaren/Schuhe, das Papier-/Druckgewerbe, Banken/Versicherungen und das Unterrichtswesen.

1.3.3 Branchenausblick 2007

Die Aargauer Wirtschaft erwartet 2007 mehrheitlich deutlich höhere Umsätze, und zwar in allen Sektoren. Die Branchen Papier/Druck, Chemie/Pharma, Metall und das Baugewerbe erwarten lediglich eine Verbesserung der Lage. Mit einem stagnierenden Umsatz rechnen Steine/Erden/Glas sowie das Unterrichtswesen.

Die gute Konjunktur des Jahres 2006 lässt die Firmen 2007 mehrheitlich mit Preiserhöhungen rechnen. Sinkende Inlandpreise erwartet nur das Papier-/Druckgewerbe. Stagnierende Inlandpreise erwarten folgende Branchen: Kunststoffindustrie, Energie- und Wasserversorgung, Elektroindustrie, Handel, Verkehr, Beratung, Banken/Versicherungen und das Unterrichtswesen. Im Industriesektor rechnen die Nahrungsmittel-, die Lederwaren- und Kunststoffindustrie sowie Energie- und Wasserversorgung mit stagnierenden Auslandpreisen. Bei den Dienstleistungen sind es der Handel, der Verkehr, Banken/Versicherungen und die Beratungsbranche, welche stagnierende Auslandpreise erwarten.

Die Erträge werden sich im kantonalen Durchschnitt, ebenso im Industrie-, Dienstleistungs- und Bausektor verbessern. Abweichend davon erwarten Steine/Erden/Glas, die Holzverarbeitung, Papier/Druck, Chemie/Pharma, Energie- und Wasserversorgung sowie Verkehr/Nachrichtenwesen keine Veränderung der Ertragslage.

Die Investitionen tendieren wie bereits 2005 und 2006 insgesamt leicht nach oben. Nur damit kann eine Produktivitätsverbesserung erzielt werden, welche nötig ist, um die oben erwähnten Erträge zu erwirtschaften und die steigenden Lohnkosten aufzufangen. Trotzdem planen im Industriesektor folgende Branchen keine Veränderung der Investitionen: Steine/Erden/Glas, Nahrungsmittel, Lederwaren/Schuhe, Papier/Druck. Bei den Dienstleistern sind es Verkehr/Nachrichtenwesen, Banken/Versicherungen, die Beratungsbranche und das Unterrichtswesen.

Die Beschäftigung wird im kantonalen Mittel stagnieren. Zahlreiche Branchen planen jedoch einen Beschäftigungsausbau. Dazu gehören Textil/Bekleidung, die Holzverarbeitung, die MEM-Industrien, die Möbelherstellung, Energie- und Wasserversorgung, Handel, Verkehr/Nachrichtenübermittlung sowie das Unterrichtswesen.

Fazit: Das Jahr 2007 dürfte für die Aargauer Wirtschaft wiederum positiv ausfallen. Der Inlandkonsum und die Baubranche sowie die allgemeine Weltwirtschaftslage mit den intakten Exportchancen werden genügend Dynamik entwickeln, um das bereits seit drei Jahren über dem Potenzialwachstum von 1,2 % liegende BIP zu stützen. Die breit diversifizierte Aargauer Wirtschaft und die eingeleiteten Veränderungen bei den staatlichen Rahmenbedingungen bilden eine gute Grundlage dafür.

1.3.4 Resultate aus den Bezirken Rückblick 2006 und Ausblick 2007

Die Auswertung der Wirtschaftsumfrage nach Bezirken zeigt ein ausgesprochen einheitliches Bild des Jahres 2006. Sämtliche Bezirke sind mit dem Geschäftsjahr bezüglich Gesamtumsatz, Auftragseingang und Ertragslage sehr zufrieden, ebenfalls im Vergleich zu 2005, ausser Rheinfelden. Der Bezirk Zofingen ist mit dem inländischen Umsatz etwas weniger zufrieden als das Kantonsmittel, bei Bremgarten und Brugg trifft dies auf den Export zu. Der Kanton hinterlässt jedoch insgesamt einen sehr konsistenten und soliden wirtschaftlichen Eindruck.

Der inländische Auftragseingang vermittelt ebenfalls ein einheitlich optimistisches Bild und nur beim ausländischen Auftragseingang liegen Bremgarten und Zofingen unter dem Durchschnitt.

Die Verkaufspreise blieben 2006 im kantonalen Durchschnitt konstant, obwohl die Bezirke Lenzburg, Muri und Rheinfelden bessere Preise sowohl im Inland wie im Export verzeichneten. Für Bremgarten gilt das nur für die Inlandpreise und bei Zurzach für die Exportpreise.

Die Investitionstätigkeit und die Beschäftigung fielen 2006 ebenfalls in allen Bezirken besser aus, so dass die Lohnsumme überall deutlich erhöht wurde.

Eine markante Erhöhung der Lohnsumme wird auch für 2007 prognostiziert. Die Beschäftigung hingegen wird im kantonalen Durchschnitt stabil bleiben, in den Bezirken Baden, Kulm, Laufenburg, Lenzburg und Zurzach wird sie sich hingegen verbessern. Die Investitionen werden 2007 insgesamt zunehmen, in Kulm und Laufenburg werden sie stark erhöht, in Aarau, Bremgarten und Rheinfelden werden sie stabil bleiben. Bei den inländischen Verkaufspreisen zeichnet sich ebenfalls Hoffnung auf eine Erholung ab, bei den Exportpreisen sind die Unternehmen etwas skeptischer, aber insgesamt positiv.

Der Bezirk Zurzach sticht bei den Preisen, den Investitionen, der Beschäftigung und den Aussichten für 2007 positiv hervor. Rheinfelden beurteilt die Ertragslage 2006 und die Aussichten 2007 unterdurchschnittlich, ebenso sieht Brugg die Aussichten 2007 etwas weniger positiv als die übrigen Bezirke.

Zusatzinformationen: Im Bezirk Muri sind die Metall- und Maschinenbranche stark vertreten. Aber auch Gummi- und Kunststoffwaren sowie die Chemie prägen die Branchenstruktur. In Laufenburg sticht die Beratung und Planung sowie das Baugewerbe bei sonst gleichmässiger Branchenverteilung hervor, in Zurzach die Herstellung von Möbeln und der Handel. Weitere dominante Branchen sind in Brugg das Baugewerbe, in Kulm die Metallindustrie, in Lenzburg die Maschinenindustrie, in Zofingen neben der Maschinenindustrie auch das Papier- und Druckgewerbe, in Aarau und Baden der Handel und in Baden zusätzlich Elektro, Feinmechanik und Optik.

In der Region Aarau sind zahlreiche wichtige Grosshandels- und Verkehrsbetriebe angesiedelt. Auch Baden und Zofingen gelten als Grosshandelsstandorte mit rund 7 % der Erwerbstätigen in diesem Sektor.

Schliesslich nehmen die zahlreichen Betriebe in der Beratungs- und Planungsbranche (Treuhand- und Advokaturbüros, Informatik u.a.) in jedem Bezirk – vor allem aber in Aarau, Baden, Rheinfelden und Zofingen – eine bedeutende Stellung ein.

Der Standort Zofingen wird 2007 durch die Neuansiedlung von Bundesbetrieben gestärkt. Das Bundesamt für Strassen wird eine neue Filiale mit 40 Arbeitsplätzen eröffnen und die PostFinance verlegt ein

Rechenzentrum und einen Teil der Belegverarbeitung nach Zofingen. Am neuen Aussenstandort von PostFinance sind ab der zweiten Hälfte 2007 rund 150 Vollzeitstellen geplant.

Dokumentation

AIHK-Mitteilungen Nr. 3/März 2007, S. 17 ff. «Erwartungen erneut übertroffen!» und «Branchen unter der Lupe»

1.3.5 Umfrage zur aargauischen Standortqualität

Zusammen mit der traditionellen Wirtschaftsumfrage führten wir im Januar 2007 bei unseren Mitgliedunternehmen erstmals eine Umfrage zur Standortqualität durch. Es beteiligten sich 596 Firmen daran, was eine Rücklaufquote von 47,4 % ergibt. Die Erhebung soll Basisinformationen für die stete Verbesserung der unternehmerischen Standortbedingungen liefern. Dabei ist in Zukunft insbesondere die Entwicklung der Zufriedenheit im Auge zu behalten.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass

- sich die ansässigen Unternehmen im Kanton Aargau recht wohl fühlen,
- qualifiziertes Personal eher knapp ist und
- die 2006 beschlossene Steuergesetzrevision aus Unternehmenssicht dringend notwendig war.

AHK-Wirtschaftsumfrage: Vergleich zum Vorjahr

Tabelle 1

	Geschäftsjahr	Ertragslage	Gesamtumsatz	Auftrags- eingang Inland	Auftrags- eingang Ausland	Investitionen	Beschäftigung
	06 ² 06 ³ 07 ⁴	06 ² 06 ³ 07 ⁴	06 ² 06 ³ 07 ⁴	05 ¹ 06 ³	05 ¹ 06 ³	06 ² 06 ³ 07 ⁴	06 ² 06 ³ 07 ⁴
Total Aargau	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑
Verarb. Gewerbe, Industrie	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑
Baugewerbe	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑
Dienstleistungen	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑
Nahrung, Getränke, Tabak	→	→	↘	↓	↘	→	↘
Textilien, Bekleidung	↑	→	↑	↑	↑	→	↘
Be- und Verarbeitung von Holz (ohne Möbel)	↑	→	↘	↑	↓	→	↑
Papier, Druckgewerbe	→	↘	↑	→	↑	↑	↓
Chemie	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑
Gummi-, Kunststoffwaren	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑
Metall	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑
Maschinen	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑
Elektro, Feinmechanik, Optik	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑
Herstellung von Möbeln	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑
Handel, Reparaturen, Garagen	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑
Banken, Versicherungen	↑	↑	↑	↑	k.A. k.A.	↑	↑
Immobilien, Vermietung, Informatik, F + E, Unter- nehmens-Dienstleistungen	↑	↑	↑	↑	↑	↑	↑

Legende

- ↑ deutliche Verbesserung der Lage
- ↗ Verbesserung der Lage
- keine Veränderung
- ↘ Verschlechterung der Lage
- ↓ deutliche Verschlechterung der Lage

¹ Resultate der Wirtschaftsumfrage Januar 2006; Werte für 2005

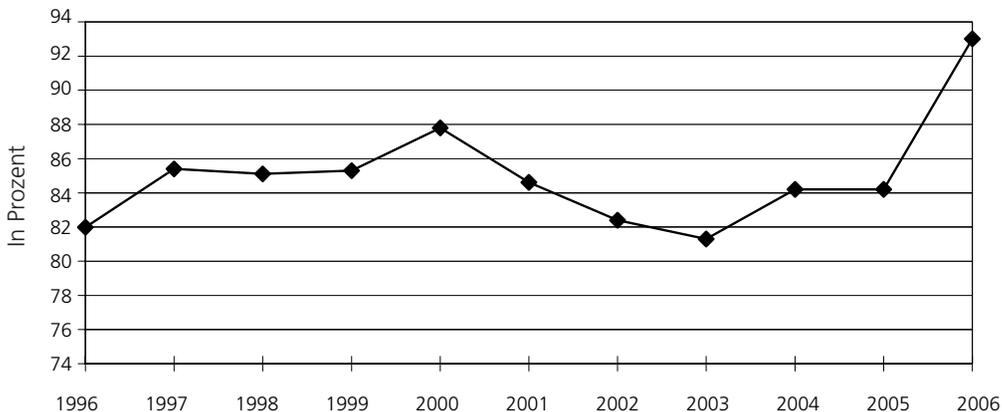
² Resultate der Wirtschaftsumfrage Januar 2006; Prognosewerte für 2006

³ Resultate der Wirtschaftsumfrage Januar 2007; Werte für 2006

⁴ Resultate der Wirtschaftsumfrage Januar 2007; Prognosewerte für 2007

AIHK-Wirtschaftsumfrage Januar 2007

Durchschnittliche Auslastung der Produktionskapazitäten
der Aargauer Industrie- und Bauunternehmen



Durchschnittliche Auslastung der Produktionskapazitäten (nach Branchen)

Angaben in Prozent

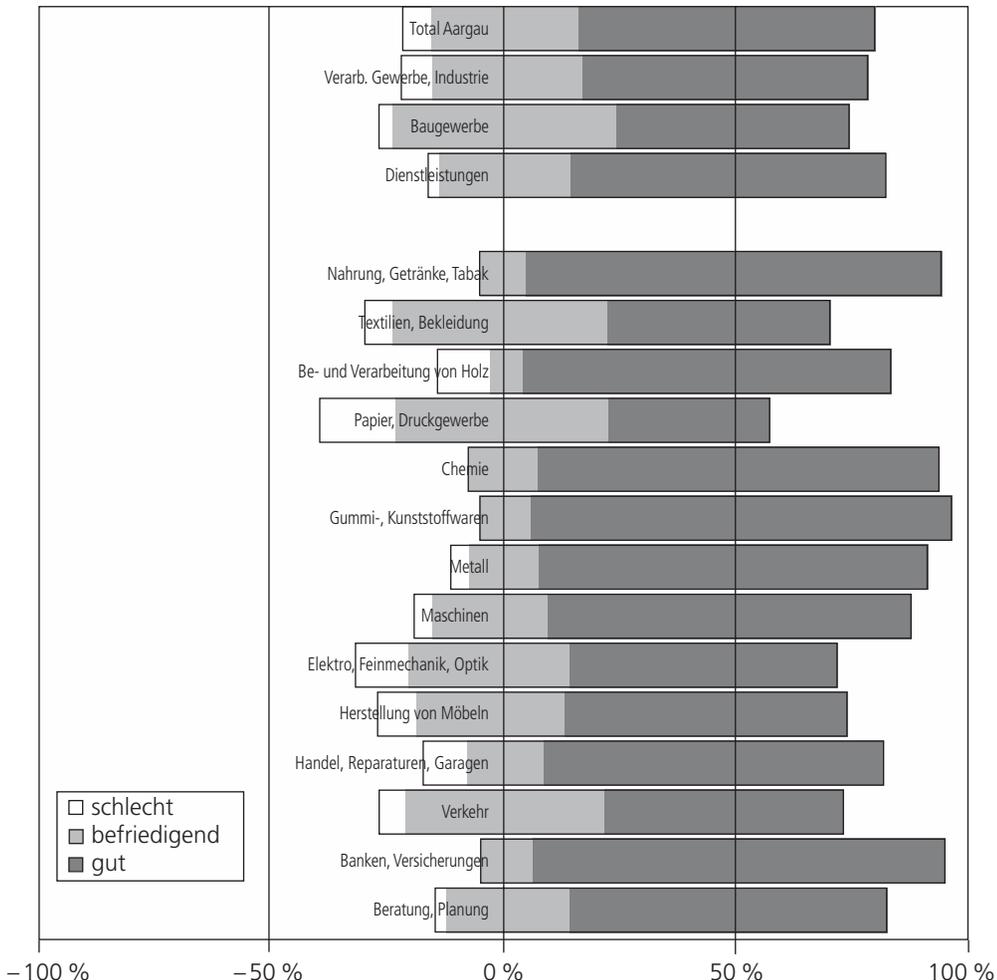
	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Industrie und Bauwirtschaft total	82	85	85	85	88	85	82	81	84	84	93
Nahrung, Getränke, Tabak	77	81	81	83	84	83	83	81	78	78	92
Textil, Bekleidung, Leder	81	85	84	83	84	80	78	79	78	80	90
Holz, Möbel	82	83	86	87	86	84	82	82	86	83	84
Papier, grafische Erzeugnisse	80	83	83	84	82	81	81	76	81	81	84
Chemische Erzeugnisse	85	82	81	86	84	81	81	81	83	84	82
Kunststoffwaren	78	83	83	79	80	79	78	78	79	80	87
Metallverarbeitung	82	86	88	86	91	85	81	80	86	84	87
Maschinen- /Elektroindustrie	83	87	88	87	91	86	84	83	86	88	81
Baugewerbe	82	87	84	87	90	90	87	86	89	89	90

Tabelle 2

AIHK-Wirtschaftsumfrage Januar 2007

Allgemeine Beurteilung des Geschäftsjahres 2006

(Frage 1)

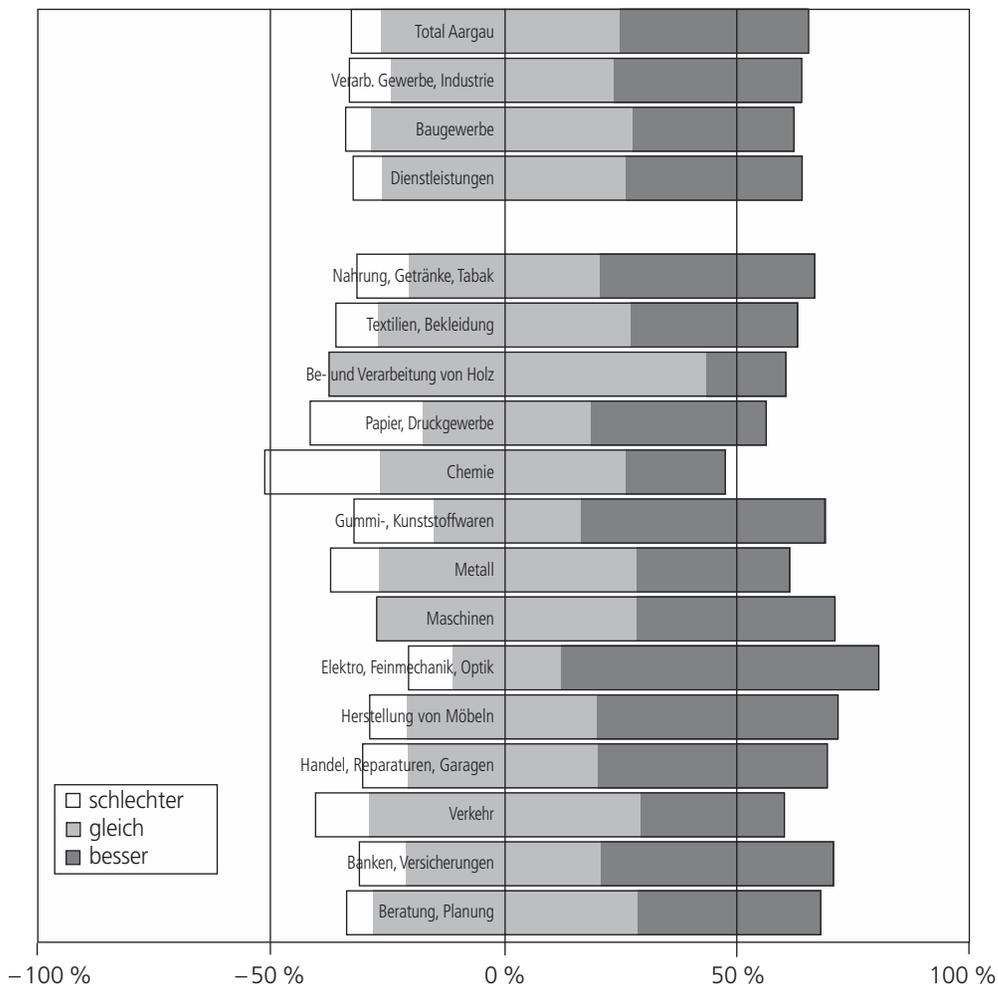


Die Grafik kann wie folgt interpretiert werden: Die Nennungen «befriedigend» werden je zur Hälfte rechts und links von der Nulllinie angeordnet. Die Nennungen «gut» werden rechts, die Nennungen «schlecht» links angehängt. Je weiter rechts die Balken liegen, desto besser wird die Lage eingestuft.

AHK-Wirtschaftsumfrage Januar 2007

Erwartungen für das Geschäftsjahr 2007

(Frage 17)

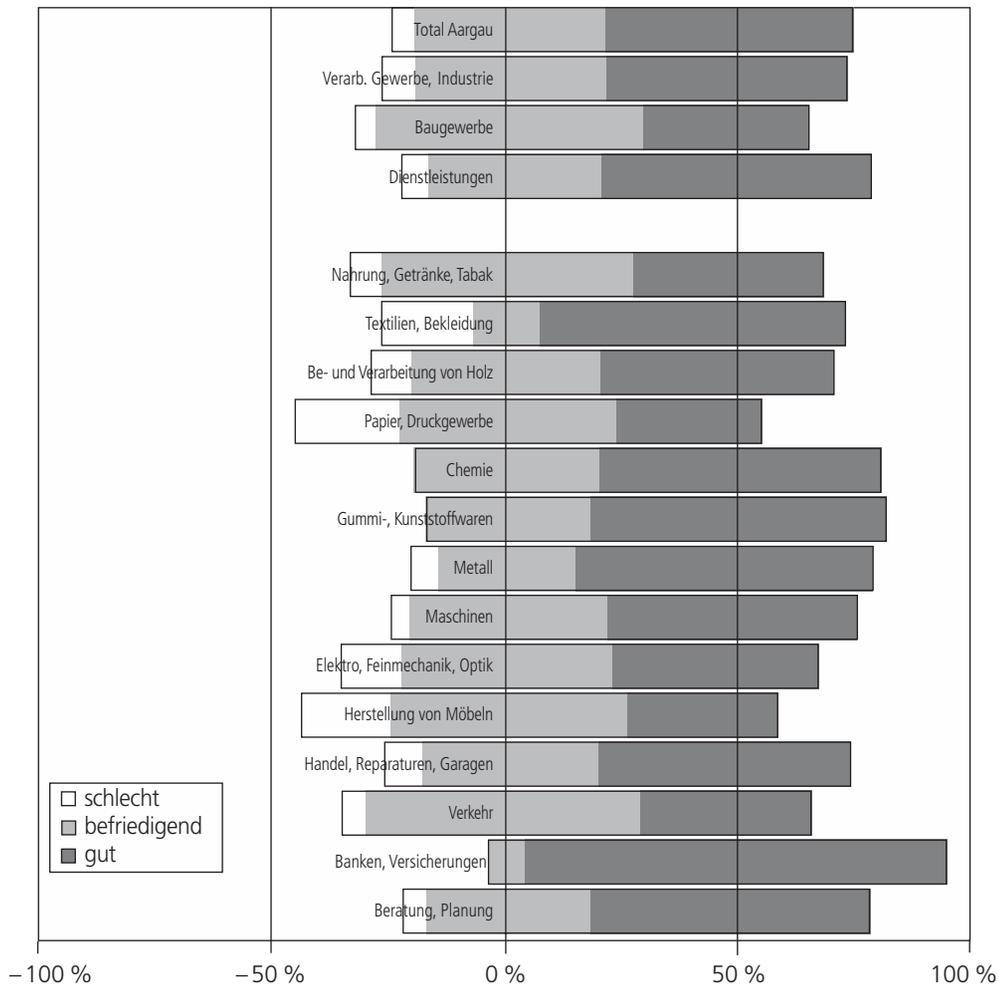


Die Grafik kann wie folgt interpretiert werden: Die Nennungen «gleich» werden je zur Hälfte rechts und links von der Nulllinie angeordnet. Die Nennungen «besser» werden rechts, die Nennungen «schlechter» links angehängt. Je weiter rechts die Balken liegen, desto besser wird die Lage eingestuft.

AIHK-Wirtschaftsumfrage Januar 2007

Beurteilung der Ertragslage 2006

(Frage 11)



Die Grafik kann wie folgt interpretiert werden: Die Nennungen «befriedigend» werden je zur Hälfte rechts und links von der Nulllinie angeordnet. Die Nennungen «gut» werden rechts, die Nennungen «schlecht» links angehängt. Je weiter rechts die Balken liegen, desto besser wird die Lage eingestuft.

2 Kantonale Politik

2.1 Volksabstimmungen

Vorlage	Datum	Ja	Nein	Stimm- beteiligung	Parole AIHK
Gesetz vom 6. Dezember 2005 über die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit (Polizeigesetz, PolG)	21.05.2006	62 532	22 973	24 %	Ja
Aargauische Volksinitiative vom 19. Oktober 2004 «Mehr Sicherheit für alle!»	21.05.2006	53 385	31 378	24 %	Nein
Steuergesetz vom 15. Dezember 1998 (StG); Änderung vom 22. August 2006	26.11.2006	79 701	63 661	40 %	Ja

Dokumentation

- AIHK-Mitteilungen Nr. 10/Oktober 2006, S. 85 ff. «Ja zur Aargauer Steuergesetzrevision und zur Kohäsionsmilliarde, Nein zur Bundeskinderzulagenregelung»
- AIHK-Mitteilungen Nr. 11/November 2006, S. 93 «Unsere Wirtschaft braucht gute Rahmenbedingungen!»
- Mediencommuniqué vom 25. September 2006

2.2 Entwurf für ein neues Verwaltungsrechtspflegegesetz

1. Worum geht es?

Am 23. Januar 2006 schickte Regierungsrat Kurt Wernli den Entwurf für ein neues Verwaltungsrechtspflegegesetz (VRPG) in die Vernehmlassung. Dieser Entwurf stützte sich massgeblich auf das VRPG vom 9. Juli 1968, wobei unklare Bestimmungen präzisiert wurden und die Gerichtspraxis einfluss. Weiter wurden die Rechtsmittelwege überarbeitet, so dass neu auf kantonaler Ebene in der Regel nur noch eine verwaltungsinterne Beschwerdeinstanz mit der Verwaltungsrechtspflege befasst und der Weiterzug an eine Verwaltungsjustizbehörde möglich sein sollte.

2. Stellungnahme der AIHK

Wir begrüssen die Zielsetzung der Vorlage, Verfahren effizienter zu gestalten, Rechtsmittelwege zu verkürzen und Unklarheiten zu beseitigen. Klare, leicht zugängliche Rechtsnormen und effiziente Verfah-

ren, die zu Entscheiden in angemessener Frist führen, liegen auch im Interesse der Wirtschaft. Vor diesem Hintergrund heissen wir insbesondere die Möglichkeit der Sprungbeschwerde gut.

3. Dokumentation

Vorlage:

Entwurf für ein neues Verwaltungsrechtspflegegesetz (VRPG), Bericht für das Anhörungsverfahren vom 23. Januar 2006

Papier AIHK:

Schreiben vom 15. April 2006 an die Justizabteilung im Departement Volkswirtschaft und Inneres

2.3 Ausführungsgesetzgebung NFA-Umsetzung Aargau

1. Worum geht es?

Am 1. Januar 2008 soll die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) in Kraft treten. Im Verhältnis zwischen Bund und Kanton Aargau werden Aufgaben im Umfang von rund 700 Mio. Franken neu geregelt. Im Hinblick darauf hat das Departement Finanzen und Ressourcen (DFR) ab Januar 2006 ein Vernehmlassungsverfahren über die organisatorischen Vorkehrungen und die Anpassung der aargauischen Rechtsordnung durchgeführt.

Für die NFA-Umsetzung hat sich der Regierungsrat folgende Ziele gesetzt:

- Die Qualität und der Umfang der Aufgabenerfüllung bleiben erhalten.
- Die NFA führt nicht zum Abbau öffentlicher Leistungen zu Lasten Dritter.
- Zieht sich der Bund aus der Finanzierung oder Erfüllung einer Aufgabe teilweise oder vollständig zurück, treten der Kanton und die Gemeinden – allein oder im Verbund – an seine Stelle.
- Im Rahmen der Neuordnung der Aufgabenerfüllung werden wo möglich deren Effizienz und Wirksamkeit gesteigert.

Durch die NFA werden die Gemeinden stärker belastet als der Kanton. Mit der Vorlage soll dies ausgeglichen werden.

2. Stellungnahme der AIHK

Unsere Organisation hat dem DFR folgende Punkte unterbreitet:

- Die AIHK hat die NFA als Jahrhundertprojekt des Bundesstaates Schweiz begrüsst, weil sie die föderalistische Ordnung des Landes für die Zukunft tragfähig verbessert.

- Wir befürworten daher die grundsätzlichen Stossrichtungen der Ausführungsgesetzgebungen des Bundes und des Kantons Aargau.
- Wir sind jedoch erstaunt, dass Ausgleichsfragen zwischen Kanton und Gemeinden erörtert werden, ohne den Beitrag der Wirtschaft (§ 6 Bst. b Finanzausgleichsgesetz) zu erwähnen und in Rechnung zu stellen.
- Unsere Hauptforderung lautet: Der Finanzausgleichsfonds muss durch finanzstarke Gemeinden geäufnet werden. Der einschlägige Steuerzuschlag von 15 % auf der Gewinn- und Kapitalsteuer ist ersatzlos zu streichen!

3. Dokumentation

Vorlage:

Schreiben DFR vom 26. Januar 2006 mit Begleitbericht vom 23. Januar 2006

Papier AIHK:

Schreiben (Fragebogen) vom 24. April 2006 an das DFR

Weitere Dokumente:

Botschaft des Regierungsrats Nr. 06.127 vom 20. Juni 2006

2.4 Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB)

1. Worum geht es?

Die Regelung des Baupolizeirechts ist Sache der Kantone. Die Begriffe, welche die gleichen Sachverhalte regeln, sind unterschiedlich. Dieser Zustand befriedigt in verschiedener Hinsicht nicht und soll deshalb mit Hilfe eines Konkordats verbessert werden. Das Departement Bau, Verkehr und Umwelt (BVU) hat Ende März 2006 ein Vernehmlassungsverfahren über den Beitritt des Kantons Aargau zur Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der Baubegriffe (IVHB) gestartet. Das formelle Baurecht soll schweizweit vereinheitlicht werden (einheitliche Begriffsdefinitionen), das materielle Baurecht dagegen in der Autonomie der Gemeinden verbleiben.

2. Stellungnahme der AIHK

Unsere Organisation hat dem BVU folgende Punkte unterbreitet:

- Grundsätzlich begrüssen wir das Ansinnen, die Baubegriffe kantonsübergreifend zu harmonisieren. Einheitliche und klar definierte Baubegriffe können nicht zuletzt unternehmerische (Standort-) Entscheide vereinfachen. Vor diesem Hintergrund erachten wir auch die in der Vereinbarung gewählte grafische Darstellung der Begriffe als hilfreich.

- Bedenken wecken hingegen die Kompetenzen und die möglichen Aktivitäten des interkantonalen Organs. Insbesondere dürfen unseres Erachtens keine unnötigen neuen Strukturen aufgebaut werden. Zudem müssen die Aktivitäten dieses Organs auf ein Minimum beschränkt werden.
- Wenn es das Organ für angezeigt befinden sollte, aussernde Erläuterungen zu den vereinheitlichten Baubegriffen zu erlassen, würde dies die Frage aufwerfen, ob das Konkordat seinen Zweck überhaupt erfüllt. Eine Vereinheitlichung erscheint nur sinnvoll, wenn sie auch tatsächlich zu einer Vereinfachung und zu besserer Übersichtlichkeit sowie Zugänglichkeit der Normen führt. Unter diesem Gesichtspunkt müssen die Begriffe klar, konzis und selbsterklärend definiert sein, so dass sie ohne Konsultation umfangreicher Erläuterungen auch für den Laien verständlich sind.

3. Dokumentation

Vorlage:

Schreiben BVU vom 30. März 2006 mit Begleitbericht vom 29. März 2006

Papier AIHK:

Schreiben vom 30. Mai 2006 an das BVU

2.5 Harmonisierung der Schulstrukturen

1. Worum geht es?

Im Berichtsjahr ist der neue Bildungsartikel in der Bundesverfassung beschlossen worden. Die Verantwortung für das Bildungswesen bleibt bei den Kantonen, es soll aber besser harmonisiert werden. Das soll für die obligatorische Schule mit einem neuen Konkordat geschehen. Das Departement Bildung, Kultur und Sport (BKS) hat dazu im April 2006 ein Vernehmlassungsverfahren gestartet. Der Aargau soll der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat) beitreten.

Die Vereinbarung hat folgende Inhalte:

- Benennt die übergeordneten Ziele der obligatorischen Schule Schweiz.
- Definiert einheitlich die wichtigsten strukturellen Eckwerte (Schuleintritt, Dauer der Schulstufen).
- Bezeichnet die Instrumente der Qualitätssicherung und -entwicklung auf nationaler Ebene.
- Bestimmt die verbindlichen Bildungsstandards und regelt das Verfahren für deren Festlegung.

2. Stellungnahme der AIHK

Unsere Organisation hat dem BKS folgende Beurteilung unterbreitet:

- Die AIHK steht einer Harmonisierung der obligatorischen Schule in der Schweiz grundsätzlich positiv gegenüber.
- Wir gehen davon aus, dass die strukturellen Eckwerte der Mehrheit der Kantone übernommen werden (müssen). Auf Grund der klaren Mehrheitsverhältnisse erheben wir dagegen keine Einwendungen.
- Wir begrüssen die Vorgabe von Bildungsstandards und sprachregionalen Lehrplänen. Für die Mobilität sind Inhalte mindestens so wichtig wie Strukturen.
- Für uns steht nicht die Harmonisierung der Schulstruktur, sondern die Qualität der Bildung im Vordergrund. Die Wirtschaft ist darauf angewiesen, dass die aargauische Schule ihre Absolventinnen und Absolventen optimal auf eine Berufsbildung bzw. das Gymnasium vorbereitet. Wir erwarten deshalb im angekündigten Planungsbericht neben verschiedenen Varianten für die Umsetzung der strukturellen Eckwerte Aussagen über die vorgesehenen Massnahmen zur Qualitätssteigerung.

3. Dokumentation

Vorlage:

Schreiben BKS vom April 2006 mit Vernehmlassungsbericht der EDK
Papier AIHK:

Schreiben vom 12. September 2006 an das BKS

2.6 Einführungsgesetz zum Umweltrecht

1. Worum geht es?

Der Regierungsrat will mit dem Einführungsgesetz zum Umweltrecht (EG UWR) den Vollzug der Bundesgesetze über den Gewässer- und den Umweltschutz im Kanton Aargau regeln. Das bestehende Einführungsgesetz zum Gewässerschutzgesetz bezieht sich immer noch auf das Bundesgesetz von 1971 und ist deshalb nicht mehr aktuell. Für andere Bundesregelungen, wie die Altlastenverordnung, fehlen dagegen die kantonalen Anschlussbestimmungen. Die Vorlage erstreckt sich über Abfälle, belastete Standorte, Schadendienste, Schutz der Gewässer, Rohstoffe und Boden, Siedlungsentwässerung, Luftreinhaltung, Lärmschutz und weitere Umweltbereiche auf Zuständigkeits- und Verfahrensbestimmungen. Die bisherige Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden soll weitgehend beibehalten werden, Umweltschutz ist und bleibt eine Verbundaufgabe. Das Departement Bau, Verkehr und Umwelt (BVU) hat im Mai 2006 ein Vernehmlassungsverfahren zum neuen Einführungsgesetz gestartet.

2. Stellungnahme der AIHK

Unsere Stellungnahme gegenüber dem BVU hat sich auf folgende Punkte beschränkt:

- Für die Wirtschaft Aargau stellt sich folgende Frage: Was kann der Vollzug des Umwelt- und des Gewässerschutzgesetzes zur Standortqualität unseres Kantons beitragen? Einerseits stellen natürliche Lebensgrundlagen ein wichtiges Stück Standortqualität dar. Andererseits zeigt die dargelegte Spannweite des Erlasses, dass das Risiko eines übermässigen Interventionismus besteht. Vor diesem Hintergrund laden wir zur eingehenden Prüfung der genannten Frage ein.
- Wir schlagen vor, dass das EG UWR die Gemeinden ausdrücklich dazu anhält, die Wirtschaftsfreiheit bestmöglich und weitestmöglich zu respektieren. Die Gemeinden sind durch das EG UWR ebenfalls ausdrücklich zu verpflichten, wirtschaftsrelevante Reglemente einer kommunalen Anhörung zu unterwerfen.
- Wir beantragen, im EG UWR generell, d.h. bezüglich aller Gewässer- und Umweltschutzbereiche, folgenden Grundsatz zu verankern: «Die Massnahmen des Kantons, der Gemeinden und Gemeindeverbände müssen bezogen auf ihre Zielsetzung verhältnismässig sowie betrieblich zumutbar und betriebswirtschaftlich verkraftbar sein.»
- Die Unternehmen werden via Erlass Reglementen und Gebühren der Gemeinden sowie Richtlinien und Weisungen der Fachstellen ausgesetzt. Was könnte dagegen zum wirksamen Schutz der Wirtschaftsfreiheit vorgekehrt werden? Beispiel: Dort, wo eine Firmenlösung eines Umweltproblems realisiert worden ist oder werden kann, sollte ein Unternehmen nicht verpflichtet werden, eine schematische Reglementsregelung zu verwirklichen.
- Die Gemeinden werden erheblich mit Kompetenzen, d.h. mit Rechten und Pflichten, ausgestattet. Die einschlägige Aufgabenteilung scheint klar, ist es jedoch nicht. Wie verhält es sich bei kleinen Gemeinden, welche schlicht nicht imstande sind, das vorliegende Pflichtenheft zu erfüllen? Wie kann die umweltpolitische Selbstständigkeit der Gemeinden nachhaltig vor Interventionen kantonaler Fachstellen geschützt werden?
- Schliesslich: Wie können Gemeinden und Private vor überschießenden Regelungen und Kosten bewahrt werden?

3. Dokumentation

Vorlage:

Schreiben BVU vom 9. Mai 2006 mit Begleitbericht vom 26. April 2006

Papier AIHK:

Schreiben vom 6. Juli 2006 an das BVU

2.7 KMU-Entlastungsinitiative: Revision der Kantonsverfassung und des Geschäftsverkehrsgesetzes

1. Worum geht es?

Im Oktober 2005 reichte aargau kmu (Aargauischer Gewerbeverband) die «KMU-Entlastungsinitiative» mit über 3 200 gültigen Unterschriften ein. Die Volksinitiative in Form der allgemeinen Anregung lautet wie folgt:

«Die Verfassung des Kantons Aargau vom 25. Juni 1980 (SAR 100.000) sei so zu ergänzen, dass die Anliegen und Bedürfnisse der Wirtschaft, insbesondere diejenigen der Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU) bei allen staatlichen Tätigkeiten berücksichtigt werden.

Vor neuen Erlassen soll die zuständige Behörde die Auswirkungen auf die Wirtschaft, insbesondere die Kleinen und Mittleren Unternehmen (KMU) prüfen und zusätzliche Be- und Entlastungen in den wirtschaftlich relevanten Bereichen aufzeigen. Der Grosse Rat soll im Rahmen der regierungsrätlichen Botschaften über die Ergebnisse orientiert werden.»

Anstelle einer Botschaft an den Grossen Rat über diese Volksinitiative hat der Regierungsrat, in Übereinstimmung mit dem Initiativkomitee, nun direkt eine ausformulierte Verfassungsbestimmung sowie eine ausformulierte Gesetzesänderung ausgearbeitet. Zu diesen zwei Entwürfen wird das vorliegende Anhörungsverfahren durchgeführt. Die obligatorische Volksabstimmung über diese vom Regierungsrat vorgeschlagene Verfassungsänderung (und evtl. die fakultative über die Gesetzesänderung) soll am 25. November 2007 stattfinden.

2. Stellungnahme der AIHK

In formeller Hinsicht begrüssen wir den von Regierungsrat und Initiativkomitee gewählten Weg der direkten Vorlage einer Verfassungs- und Gesetzesänderung.

Auch inhaltlich stimmt die AIHK den Änderungsvorschlägen vollumfänglich zu. Dank der KMU-Entlastungsinitiative und weiteren, bisher

von Parlament und Regierung getroffenen Massnahmen (z.B. Wachstumsinitiative) rücken die zentralen Anliegen der Wirtschaft und insbesondere der KMU für Entlastung und Deregulierung immer mehr ins Bewusstsein der gesetzgebenden Behörden und der Verwaltung. Es ist für die Erhaltung und die Stärkung des Wirtschaftsstandorts Aargau unabdingbar, dass sich Regierung, Verwaltung und Grosser Rat konsequent an diesen neu formulierten Vorgaben orientieren müssen.

3. Dokumentation

Vorlage:

- «KMU-Entlastungsinitiative», eingereicht im Oktober 2005 von aargau kmu (Volksinitiative in Form der allgemeinen Anregung)
- Anhörungsbericht des Departements für Volkswirtschaft und Inneres (DVI) vom 13. September 2006
- Verfassung des Kantons Aargau
- Geschäftsverkehrsgesetz

Papier AIHK:

Schreiben vom 24. November 2006 an das DVI

2.8 Cassis-de-Dijon-Prinzip

1. Worum geht es?

Mit der Lancierung der Wachstumsinitiative der Aargauer Regierung im Juni 2005 werden nun nach und nach die darin formulierten 25 Massnahmen zur Erhaltung und Steigerung der Attraktivität des Aargau als Wirtschafts-, Ausbildungs- und Wohnkanton umgesetzt. Mit Teil 1 der Massnahme 10 (Impulsprogramm Binnenmarktliberalisierung und Deregulierung) soll in der Kantonsverfassung die grundsätzliche Anerkennung von ausserkantonalen und EU-rechtlichen Berufsausübungsbewilligungen und Zulassungen von Dienstleistungen und Produkten verankert werden. Im Weiteren sollen mittels Gesetzesänderungen in einer ersten Phase Berufe und Dienstleistungen im Gesundheitswesen und Bildungsbereich dem Cassis-de-Dijon-Prinzip angepasst werden.

2. Stellungnahme der AIHK

Wir unterstützen die Stossrichtung der Vorlage vollumfänglich. Auch wenn die in einer ersten Phase vorgeschlagenen Massnahmen noch keine weitreichenden Auswirkungen haben, ist doch eine auf Verfassungsstufe angesiedelte Absichtserklärung für eine liberale Wirtschaftspolitik bedeutsam. Mit den vorgeschlagenen Gesetzesänderungen sind wir ebenfalls einverstanden.

3. Dokumentation

Vorlage:

- Anhörungsbericht des Regierungsrats vom 20. Juni 2006
- Verfassung des Kantons Aargau
- Schulgesetz
- Gesetz über die Anstellung von Lehrpersonen und zugehörige Dekrete und Verordnungen
- Gastgewerbegesetz
- Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch

Papiere AIHK:

- Schreiben vom 27. September 2006 an den Kanton Aargau, Staatskanzlei
- AIHK-Mitteilungen Nr. 9/September 2006, S. 81 ff. «Cassis-de-Dijon-Prinzip: Die Suche nach dem Wirtschaftswachstums-Gral oder immerhin Anstossen mit einem Kir Royal»

2.9 Neues Wassernutzungsgesetz

1. Worum geht es?

Mit dem neuen Wassernutzungsgesetz (WNG) sollen die Spielregeln im Umgang mit Wasser und der verschiedenen Nutzungs- und Schutzbedürfnisse möglichst weitgehend zusammengefasst werden. Die Zahl der kantonalen Erlasse soll von acht auf drei reduziert, die Verfahren sollen gestrafft werden. Die bisherigen Regelungsinhalte sollen weitgehend übernommen werden. Das neue Gesetz bringt aber auch materielle Änderungen, insbesondere beim Heimfallrecht. Das Departement Bau, Verkehr und Umwelt (BVU) hat im Juli 2006 ein Vernehmlassungsverfahren zum neuen Gesetz gestartet.

2. Stellungnahme der AIHK

Unsere Organisation hat dem BVU folgende Punkte unterbreitet:

- Wir begrüßen die Reduktion der Anzahl gesetzlicher Erlasse und Paragraphen. Entgegen der Deklaration in den Anhörungsunterlagen werden aber sehr wohl – und zum Teil markante – materielle Änderungen vorgeschlagen. Mit diesen sind wir nur teilweise einverstanden.
- Die Vereinfachung des Instanzenzuges unterstützen wir im Grundsatz. Wir sind aber der Auffassung, dass Entscheide des Regierungsrates über Entzug oder Beschränkung von Konzessionen auch an das Verwaltungsgericht weitergezogen werden können sollen.
- Mit der vorgeschlagenen Reduktion der maximalen Dauer von Konzessionen auf 60 Jahre (bisher 80) sind wir nicht einverstanden. Wir unterstützen die Forderung der betroffenen Branche, die bundes-

rechtliche zulässige maximale Konzessionsdauer beizubehalten. So kann eine wirtschaftliche Nutzung der für Energieproduktion und Klimaschutz wichtigen Wasserkraft gesichert werden.

3. Dokumentation

Vorlage:

Schreiben BVU vom 6. Juli 2006 mit Anhörungsbericht vom 28. Juni 2006

Papier AIHK:

Schreiben (Fragebogen) vom 27. September 2006 an das BVU

2.10 Gesetz über die Hochschul- und Innovationsförderung

1. Worum geht es?

Das neue Gesetz über die Hochschul- und Innovationsförderung (HIG) soll das Fachhochschulgesetz ersetzen, weil dieses mit der Realisierung der Fachhochschule Nordwestschweiz überholt ist. Das neue Gesetz ist «... als Rahmengesetz ausgestaltet mit dem Ziel, den Handlungsspielraum des Kantons zu erweitern und eine rechtliche Grundlage für gezielte Engagements im Hochschulbereich unter Einschluss aller Hochschultypen (Fachhochschulen, Pädagogische Hochschulen und Universitäten), in der Forschung und im Wissens- und Technologietransfer zu schaffen. Es ist auf die Stärkung der Innovationskraft von Wirtschaft und Gesellschaft und auf die Standortförderung ausgerichtet.» (Kurzbeschreibung des Vorhabens auf der BKS-Webseite) Mit dem HIG soll also einerseits der Handlungsspielraum des Kantons über den Fachhochschulbereich hinaus erweitert werden. Das HIG soll aber andererseits auch die Rechtsgrundlage für die Errichtung eines Forschungsfonds schaffen. Das Departement Bildung, Kultur und Sport (BKS) hat dazu im Juni 2006 ein Vernehmlassungsverfahren gestartet.

2. Stellungnahme der AIHK

Unsere Organisation hat dem BKS folgende Beurteilung unterbreitet:

- Die AIHK erachtet die Neuausrichtung der aargauischen Hochschulpolitik als notwendig, nachdem deren bisher wichtigstes Ziel mit der Schaffung der Fachhochschule erreicht worden ist. Es geht für den Aargau nun darum, sich im Hochschulnetz Schweiz zu positionieren. Dabei kann es unseres Erachtens nicht darum gehen, neue aargauische Hochschulen zu schaffen. Wir lehnen deshalb diesen Teil der Erweiterung des Handlungsspielraums ab. Sollte sich die Frage einer aargauischen Hochschule in Zukunft ernsthaft stel-

len, wäre dafür im ordentlichen Verfahren eine separate gesetzliche Grundlage zu schaffen. Das HIG ist für uns dafür als Grundlage nicht genügend.

- Wir stimmen den im Vernehmlassungsbericht umschriebenen Zielen zu, nicht aber deren Umsetzung im vorgelegten Rahmengesetz. Der Begriff «Rahmengesetz» ist aus unserer Sicht verlockend und gefährlich zugleich. Es ist positiv, wenn ein Gesetz so offen formuliert ist, dass es nicht dauernd angepasst werden muss. Auf der anderen Seite ist die Vorgabe von § 78 Abs. 1 KV einzuhalten: «Der Grosse Rat erlässt in Form des Gesetzes alle wichtigen Bestimmungen, ...». Es darf nicht sein, dass diese Bestimmung durch sehr offen formulierte Rahmengesetze unterlaufen wird.
- Wir bedauern den Verzicht auf einen vorgängigen Planungsbericht ausserordentlich. Die Stossrichtung der Vorlage ist aus unserer Sicht neu, auch wenn der Grosse Rat mit Einzelbeschlüssen bereits auf der Linie des neuen Gesetzes lag. Solche Beschlüsse ersetzen aus unserer Sicht aber nicht die Festlegung der strategischen Grundlinien.
- Bezüglich Finanzen wird im Vernehmlassungsbericht festgehalten, das neue Gesetz löse «unmittelbar keine neuen Ausgaben» aus. Wird der damit zu schaffende Rahmen aber auch nur teilweise ausgeübt, so werden massive Mehrkosten entstehen. Dass die bereits in die Wege geleiteten bzw. beschlossenen Unterstützungsbeiträge nicht dem neuen Gesetz «angelastet» werden, nehmen wir zur Kenntnis. Wenn gemäss dieser Lesart auch die Schaffung eines Forschungsfonds ohne HIG bereits beschlossen werden konnte, stellt sich die Frage, ob das neue Gesetz überhaupt notwendig ist.
- Wir vermissen im Vernehmlassungsbericht Ausführungen zu den personellen Auswirkungen des HIG. Sollen die deutlich erweiterten Aufgaben mit den bisher im Stab Hochschulen vorhandenen Ressourcen erledigt werden? Wir erwarten entsprechende Ausführungen in der Botschaft.

3. Dokumentation

Vorlage:

Schreiben BKS vom 22. Juni 2006 mit Bericht zur Vernehmlassung vom 12. Juni 2006

Papiere AIHK:

- Schreiben vom 30. Oktober 2006 an das BKS
- AIHK-Mitteilungen Nr. 12/Dezember 2006, S. 103 f. «Den Rahmen nicht zu weit spannen!»

Weitere Informationen:

Botschaft des Regierungsrats (Nr. 06.272) vom 20. Dezember 2006

3 Eidgenössische Politik

3.1 Volksabstimmungen

Vorlage	Datum	Ja (Kt. AG)	Nein (Kt. AG)	Stimm- beteiligung	Parole AIHK
Bundesbeschluss vom 16. Dezember 2005 über die Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung	21.05.2006	1 137 450 (72 139)	191 666 (16 240)	28 % (24 %)	Ja
Volksinitiative vom 9. Oktober 2002 «Nationalbankgewinne für die AHV»	24.09.2006	973 831 (62 092)	1 359 514 (105 546)	49 % (45 %)	Nein
Bundesgesetz vom 16. Dezember 2005 über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG)	24.09.2006	1 602 134 (129 808)	755 119 (39 744)	49 % (46 %)	Ja
Asylgesetz vom 26. Juni 1998 (AsylG): Änderung vom 16. Dezember 2005	24.09.2006	1 598 399 (129 463)	760 787 (40 525)	49 % (46 %)	Ja
Bundesgesetz vom 24. März 2006 über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas	26.11.2006	1 158 494 (75 995)	1 010 190 (75 545)	45 % (41 %)	Ja
Bundesgesetz vom 24. März 2006 über die Familienzulagen (Familienzulagengesetz, FamZG)	26.11.2006	1 480 796 (97 378)	697 415 (55 117)	45 % (41 %)	Nein

Dokumentation

- AIHK-Mitteilungen Nr. 4/April 2006, S. 37 ff. «Bildungs- und Hochschulverfassung: Was regeln die neuen Bestimmungen?»
- AIHK-Mitteilungen Nr. 9/September 2006, S. 77 f. «Nein zur Moggelpackung KOSA-Initiative»
- AIHK-Mitteilungen Nr. 10/Oktober 2006, S. 85 ff. «Ja zur Aargauer Steuergesetzrevision und zur Kohäsionsmilliarde, Nein zur Bundeskinderzulagenregelung»
- AIHK-Mitteilungen Nr. 11/November 2006, S. 93 «Unsere Wirtschaft braucht gute Rahmenbedingungen!»
- Mediencommuniqué vom 6. November 2006

3.2 Verhandlungen über Kopiertarife

1. Worum geht es?

Die Tarife, welche die Urheberrechtsabgaben auf Fotokopien (so genannter Gemeinsamer Tarif 8, GT 8) und auf elektronischen Kopien (GT 9) festlegen, sind Ende 2006 ausgelaufen. Deshalb nahmen die Verwertungsgesellschaften unter der Federführung von ProLitteris

Ende 2005 Neuverhandlungen mit den Nutzerverbänden auf, wobei ProLitteris umfassende Gebührenerhöhungen forderte. Sie begründete ihre Forderung nach höheren Tarifen für Papierkopien einerseits mit der Teuerung und andererseits mit der Behauptung, die Zahl der Kopien, die heute in den Betrieben erstellt werde, sei gegenüber früher erheblich gestiegen. In Bezug auf elektronische Kopien behaupteten die Verwertungsgesellschaften, der geltende Tarif sei ein blosser Einführungstarif, und die Menge der geschützten Daten im elektronischen Nutzungsbereich falle im Vergleich zu den analogen Nutzungen erheblich höher aus.

2. Stellungnahme der AIHK

Die AIHK nahm zu Handen von economiesuisse wie folgt Stellung:

- Wir lehnen Tarifierhöhungen, in welcher Form und Höhe auch immer, entschieden ab. Die Taktik der Verwertungsgesellschaften, exorbitante Erhöhungen zu fordern, um schliesslich in jedem Fall substantielle Zugeständnisse zu erhalten, ist offensichtlich.
- Für die Behauptung der Verwertungsgesellschaften, es würden erheblich mehr Kopien erstellt bzw. Daten benützt, sehen wir keinerlei stichhaltige Begründung. Wir können auch keine entsprechenden Anhaltspunkte in der Praxis erkennen.
- Dezidiert weisen wir auch das Ansinnen zurück, unverhältnismässigen Verwaltungsaufwand zu verrechnen. Das gilt insbesondere für Fälle, in welchen die Betroffenen gar keiner Entschädigungspflicht unterliegen.

3. Dokumentation

Vorlagen:

- Schreiben von economiesuisse vom 23. Januar 2006 mit Tarifentwürfen
- Schreiben von economiesuisse vom 23. Juni 2006 mit dem Bericht über die Verhandlungsergebnisse (GT 8 und 9)

Papiere AIHK:

- Schreiben an economiesuisse vom 26. Januar 2006
- Schreiben an economiesuisse vom 5. Juli 2006

3.3 Aufhebung der Lex Koller, Änderung des Raumplanungsgesetzes

1. Worum geht es?

Am 10. November 2005 eröffnete der Bundesrat Vernehmlassungen zur Aufhebung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland (Lex Koller) sowie zu damit verbun-

denen flankierenden Massnahmen gestützt auf das Raumplanungsgesetz. Er schlug einerseits vor, die Beschränkung des Erwerbs von Grundstücken durch Personen im Ausland aufzuheben. Andererseits beabsichtigte er, die Aufhebung der Lex Koller im Bereich der Zweitwohnungen mit flankierenden Massnahmen des Raumplanungsrechts zu ergänzen. Der Zweitwohnungsbau sollte über das bestehende Instrument des kantonalen Richtplans gesteuert werden. Die Kantone sollten dazu verpflichtet werden, in ihren Richtplänen Gemeinden oder Regionen mit besonderem Regelungsbedarf zu bestimmen und für diese Gebiete Massnahmen zu entwickeln.

2. Stellungnahme der AIHK

Die Kammer sprach sich in ihrer Stellungnahme für die Aufhebung der Lex Koller aus. Eine Verschärfung des Raumplanungsgesetzes lehnte sie hingegen ab.

3. Dokumentation

Vorlagen:

- Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement, Eidgenössisches Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation: Bericht mit Vorentwurf betreffend Aufhebung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland, Vernehmlassungsunterlage vom Oktober 2005
- Bundesamt für Raumentwicklung: Änderung des Raumplanungsgesetzes (Flankierende Massnahmen zur Aufhebung des Bundesgesetzes über den Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland), Erläuternder Bericht vom Oktober 2005

Papier AIHK:

Schreiben an economiesuisse vom 13. Februar 2006

3.4 Abgabe der Bundesbeteiligung am Unternehmen Swisscom AG

1. Worum geht es

Der Bundesrat will die rechtlichen Voraussetzungen für die Abgabe der Bundesbeteiligung an Swisscom schaffen. Er will der Swisscom möglichst viele strategische Optionen offen halten. Mit der vorgeschlagenen Anpassung des Telekommunikationsunternehmensgesetzes kann der Bund seine Beteiligung an Swisscom unter 50 % reduzieren. Der Bundesrat will die Aktien möglichst breit streuen («Volksaktie»). Die Grundversorgung ist aus Sicht des Bundesrates mit dem Fernmeldegesetz ausreichend gesichert. Auf die geprüften flankierenden Massnahmen in den Bereichen Sicherstellung der Grundversorgung, Wahrung der Unabhängigkeit des Unternehmens und

Übertragung des Verkaufsentscheides an das Parlament soll verzichtet werden. economiesuisse hat im Januar 2006 ein Vernehmlassungsverfahren zur vorgeschlagenen Privatisierung gestartet.

2. Stellungnahme der AIHK

Wir haben gegenüber economiesuisse wie folgt Stellung genommen:

Unsere Organisation befürwortet die vorgeschlagene Privatisierung der Swisscom, d.h. die Abgabe der kapital- und stimmenmässigen Mehrheit des Bundes. Sie stimmt auch der Rechtsformumwandlung zu, welche die Voraussetzung für einen vollständigen Verkauf der Beteiligungsrechte des Bundes schafft.

Wir halten die vorgebrachten Argumente für zutreffend:

- Wahrung volkswirtschaftlicher Chancen, insbesondere Entwicklungschancen für Swisscom
- Reduktion des finanziellen Risikos für den Bund
- Beseitigung möglicher Interessens- und Zielkonflikte des Bundes, welcher bisher die Rollen des Gesetzgebers, des Regulators und Hauptaktionärs zu spielen hatte

Wenn der Vorlage mit Widerstand begegnet wird, ist dies u.a. darauf zurückzuführen, dass die Tatsache, dass die Grundversorgung durch die Fernmeldegesetzgebung sichergestellt ist, in weitesten Kreisen völlig unbekannt ist.

Was die Frage nach der Volksaktie betrifft, ersuchen wir Sie, den einschlägigen Vorschlag abzulehnen. Es gibt keine Rechtfertigung für eine privilegierte Zuteilung von Aktientiteln an Kleinaktionäre mit entsprechendem Preisabschluss. Es gibt genügend konstruktive Argumente, um die Vorlage über die allfällige Referendumshürde zu bringen.

Was den Bericht vom 25. Januar 2006 über mögliche flankierende Massnahmen angeht, können wir uns mit den dort gemachten Ausführungen weitgehend identifizieren.

Wir sind der Auffassung, dass die Swisscom-Aktien auch ohne Sonderangebote und/oder ohne Gratisabgabe an Kleinaktionäre breit gestreut werden sollen. Es empfiehlt sich ein etappenweiser Verkauf zu jeweiligen Marktpreisen.

Wir legen Wert darauf, dass der Verkaufserlös des Bundes gezielt für die Reduktion von Bundesschulden zu verwenden ist.

3. Dokumentation

Vorlage:

Schreiben von economiesuisse vom 30. Januar 2006 mit Vernehmlassungsbericht des Bundesrats vom 25. Januar 2006

Papier AIHK:

Schreiben vom 24. Februar 2006 an economiesuisse

Weitere Informationen:

Botschaft des Bundesrats zur Bundesbeteiligung an der Swisscom AG vom 5. April 2006

3.5 Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts im OR

1. Worum geht es?

Im Dezember 2005 schickte der Bundesrat den Vorentwurf für ein revidiertes Aktien- und Rechnungslegungsrecht in die Vernehmlassung. Das umfassende Revisionsprojekt verfolgt vier Hauptziele: Die Verbesserung der Corporate Governance, eine Neuregelung der Kapitalstrukturen, die Anpassung der Regeln über die Generalversammlung an das digitale Zeitalter sowie eine rechtsformübergreifende Revision des Rechnungslegungsrechts.

2. Stellungnahme der AIHK

Die AIHK nahm gegenüber economiesuisse wie folgt Stellung:

- Insgesamt sollte sich das Aktienrecht verstärkt an den Interessen der Aktionäre, also der Eigentümer der jeweiligen Gesellschaft, ausrichten. Der vorliegende Entwurf kommt diesem Anliegen nicht überall nach, insbesondere dort nicht, wo er die Wahlmöglichkeiten bezüglich der (rechtlichen) Organisation eines Unternehmens einschränkt.
- Aus unserer Sicht bestehen keine zwingenden Gründe, die Amtsdauer des Verwaltungsrates auf jeweils ein Jahr zu beschränken. Eine solche Beschränkung soll auch nicht als Regelfall stipuliert werden. Die Möglichkeit, eine längere Amtsdauer zu praktizieren, muss erhalten bleiben.
- Ebenso wenig erscheint es uns angezeigt, die Inhaberaktien abzuschaffen. Der Furcht vor Missbrauch zu Gunsten illegaler Zwecke kann auch mittels anderer Massnahmen begegnet werden. Abgesehen davon begrüssen wir die vorgeschlagene Flexibilisierung der Kapitalstrukturen.

3. Dokumentation

Vorlage:

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement: Begleitbericht zum Vorentwurf vom 2. Dezember 2005

Papier AIHK:

Schreiben an economiesuisse vom 19. April 2006

3.6 Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (VOSA)

1. Worum geht es?

Die über Jahre hinweg dauernden Vorarbeiten zur Regelung der Bekämpfung der Schwarzarbeit haben gezeigt, dass zwar die heutige materielle Gesetzgebung ausreichend ist, soweit sie die Schwarzarbeit verbietet, dass aber der Vollzug problematisch ist. Der Begriff der Schwarzarbeit umfasst zahlreiche Sachverhalte (wie die versteckte Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmenden, die Verletzung der Meldepflicht beim Fiskus in Bezug auf gewinnbringende Aktivitäten oder die Verletzung der Meldepflicht bei den Sozialversicherungen betreffend Arbeitnehmende), die in einer Vielzahl von Gesetzen mit unterschiedlichen Vollzugsbehörden geregelt sind. Wegen der zerstreuten Ressourcen und deren mangelnder Koordination ist ein effizienter Vollzug erschwert und das Ausmass der Schwarzarbeit bleibt schwer abzuschätzen.

Um diese Lücken zu schliessen, hatte der Bundesrat im Januar 2002 dem Parlament einen Gesetzesentwurf unterbreitet. Am 17. Juni 2005 wurde das Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit angenommen. Das nun vorliegende, im Vergleich zur ursprünglichen Version eher schlanke Gesetz, sieht vier Massnahmenkategorien vor:

- Administrative Erleichterungen bei den Sozialversicherungen und bei der Quellensteuer durch Einführung eines vereinfachten Abrechnungsverfahrens für kleinere unselbstständige Tätigkeiten (z.B. im Haushalt oder vorübergehende Tätigkeiten).
- Die Verpflichtung der Kantone, ein kantonales Kontrollorgan mit verstärkten Kontrollkompetenzen zu bezeichnen.
- Die Pflicht zum Austausch der Ergebnisse der Kontrollen bei Arbeitgebern unter den beteiligten Behörden und Organen.
- Verstärkte Sanktionen (Ausschluss vom öffentlichen Beschaffungswesen und Streichung oder Kürzung von öffentlichen Finanzhilfen).

Das neue Gesetz delegiert dem Bundesrat die Kompetenz, Vollzugsbestimmungen zu erlassen. Der in Vernehmlassung gegebene Verordnungsentwurf, der von einer Expertengruppe unter der Leitung der Direktion für Arbeit des seco mit Vertretern der Sozialpartner, der Kantone sowie verschiedener betroffener Bundesämter erstellt worden ist, enthält die zur Umsetzung notwendigen Vollzugsbestimmungen. Die nunmehr schlanke Version des Gesetzes hätte eigentlich erwarten lassen, dass umfangreiche Regelungen auf Verordnungsebene vonnöten wären. Es ist der Expertengruppe jedoch in konstruktiver Zusammenarbeit gelungen, einen knappen Verordnungsentwurf, der trotzdem alle zu regelnden Materien umfasst, vorzulegen.

2. Stellungnahme der AIHK

Wie bereits zum Gesetzesentwurf, äussern wir uns auch zum zugehörigen Verordnungsentwurf skeptisch. Die Grundanliegen der Bekämpfung der Schwarzarbeit werden auch im Interesse der Arbeitgeber zwar unterstützt. Dennoch zweifeln wir, dass das BGSA bzw. die VOSA die gesetzten Ziele zu erreichen vermag. Insbesondere stellen wir die Praxistauglichkeit und damit die Vollziehbarkeit der gesetzlichen Normen in Frage. Dies betrifft insbesondere die entsprechenden neuen Aufgaben der Ausgleichskassen. Wir erwarten, dass die zuständigen Stellen nach einer ersten Praxisphase eine Standortbestimmung vornehmen, um die dannzumal erreichten Ergebnisse auf ihre Effizienz und Wirksamkeit hin zu prüfen und sich auch eventuellen Anpassungen der gesetzlichen Normen nicht zu verschliessen.

3. Dokumentation

Vorlage:

- Bericht und Entwurf der Verordnung über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit (VOSA) des seco (Direktion für Arbeit) vom 26. April 2006
- E-Mail des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes (SAV) vom 26. April 2006

Papier AIHK:

Schreiben vom 6. Juni 2006 an den SAV

3.7 Anpassung des UWG in Zusammenhang mit der Fussball-Europameisterschaft 08

1. Um was geht es?

Auf Ersuchen der UEFA, der Veranstalterin der Fussball-Europameisterschaft 08 in der Schweiz und in Österreich, hat das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement (EVD) im Mai 2006 eine Ergänzung des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) vorgeschlagen. So soll eine neue separate Bestimmung geschaffen werden, die das so genannte Trittbrettfahrer-Marketing (engl. Ambush-Marketing) an Grossanlässen verbietet.

2. Stellungnahme der AIHK

Die AIHK kritisiert in ihrer Stellungnahme, dass die geplante Norm nur einseitig die Interessen einer Organisation, nämlich der UEFA berücksichtigt, weshalb ein Bedarf für die geplante Regelung nicht ausgewiesen ist. Dies umso mehr, als mit der Generalklausel in Art. 3 UWG, insbesondere Buchstaben b und d, bereits eine Schutznorm besteht. Aus staatsrechtlicher und wirtschaftspolitischer Sicht ist es für die

Kammer zudem höchst bedenklich, wenn eine private Organisation eine Gesetzesrevision veranlassen kann, die einzig den Zweck hat, dieser Organisation bei einem von ihr organisierten Grossanlass noch ein vermarktungsrechtliches Quasi-Monopol einzuräumen. In formeller Hinsicht schliesst sich die Kammer zudem der einhelligen Meinung von renommierten Rechtsexperten an, wonach die geplante Norm salopp und auslegungsbedürftig formuliert ist und deshalb nicht in ein Gesetz gehört.

Der Bundesrat hat am 22. November 2006 vom Vernehmlassungsbericht Kenntnis genommen und auf Grund der vorwiegend ablehnenden Stellungnahmen beschlossen, auf die Vorlage zu verzichten.

3. Dokumentation

Vorlagen:

- Schreiben vom 31. Mai 2006 von economiesuisse
- Begleitberichtbericht des seco zum Vernehmlassungsentwurf vom 17. Mai 2006
- Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb UWG

Papier AIHK:

Schreiben vom 11. Juli 2006 an economiesuisse

3.8 Aufhebung und Vereinfachung von Bewilligungen

1. Worum geht es?

Die Thematik «administrative Entlastung» der Wirtschaft beschäftigt die Behörden von Bund und Kantonen schon seit längerem. Vorliegend hat der Bund nun eine erste Runde für die Entschlackung der Bewilligungsverfahren auf Bundesebene eingeläutet. Zurzeit existieren rund 500 auf Bundesrecht gestützte Bewilligungsverfahren, wovon 345 durch den Bund und 160 durch die Kantone vollzogen werden. In verschiedenen Berichten hat der Bundesrat sein Ziel erklärt, die auf Bundesrecht gestützten Bewilligungsverfahren um 20 % zu reduzieren. Mit dieser Vorlage werden nun sechs Gesetzesänderungen mit entsprechenden Verfahrenseingriffen (Aufhebungen bzw. Vereinfachungen) vorgeschlagen, die in der Summe eine mathematische Reduktionsquote von 12 % ausmachen. Eine qualitative Beurteilung der Effizienz und Wirksamkeit der vorgeschlagenen Massnahmen mit Blick auf den ambitiösen Titel des Geschäfts ist damit noch nicht erfolgt.

2. Stellungnahme der AIHK

Die AIHK begrüsst selbstverständlich die Bemühungen, die von uns seit Jahren monierten administrativen Belastungen der Wirtschaft tat-

sächlich zu reduzieren oder – noch besser – gar nicht erst zu schaffen. Die vorgeschlagenen Massnahmen zielen in die richtige Richtung, vermögen den Erwartungen jedoch in keiner Weise zu genügen. Das Nicht-Erreichen der vom Bundesrat selbst gesetzten Reduktionsquote von 20 % ist lediglich zweitrangig. Viel wesentlicher ist der materielle Gehalt dieser sechs Gesetzeseingriffe, die nach unserer Meinung praktisch keinerlei spürbaren Entlastungseffekte für die Unternehmen (Grossbetriebe und KMU) bringen werden. Zudem erachten wir von den insgesamt sechs Vorschlägen lediglich deren zwei als arbeitgeberpolitisch relevant (betreffend Arbeitsgesetz und Arbeitsvermittlungsgesetz). Der hauptsächlichste Entlastungseffekt berührt jedoch auch bei diesen vielmehr die Behörden selbst als in bemerkenswertem Masse die Arbeitgebenden.

3. Dokumentation

Vorlage:

- Bericht und Vorlage des seco vom 17. Mai 2006
- Schreiben von economiesuisse vom 31. Mai 2006
- E-Mail des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes (SAV) vom 12. Juli 2006

Papiere AIHK:

- Schreiben an economiesuisse und SAV vom 28. Juli 2006
- AIHK-Mitteilungen Nr. 7/8/Juli/August 2006, S. 72 f. «Viel Anstrengung, viel Papier, noch (zu) wenig Effekt»

3.9 Änderung des Bundesgesetzes über die Tabakbesteuerung

1. Um was geht es?

Die Revision, welche das Eidgenössische Finanzdepartement vorschlägt, umfasst im Wesentlichen die Anpassung der Steuerstruktur aller Tabakfabrikate ausser Zigaretten an die Steuerstruktur der Europäischen Union (EU). Dadurch wird die Steuerbelastung von Feinschnitttabak markant erhöht, gleichzeitig wird auf eine Besteuerung von Zigarettenpapier verzichtet. Zudem wird die Einführung von zugelassenen Steuerlagern beantragt und die Voraussetzungen für die Rückerstattung der Tabaksteuer für im Inland hergestellte und eingeführte Tabakfabrikate vereinheitlicht und die Möglichkeit des Erlasses der Tabaksteuer geschaffen. Zur Diskussion gestellt wird ausserdem die Festlegung von Mindestverkaufspreisen für Zigaretten.

2. Stellungnahme der AIHK

Auf Grund der zunehmenden wirtschaftlichen Verflechtung der Schweiz mit der EU sieht es die Kammer als durchaus sinnvoll an, neben den Zigaretten auch die Steuerstruktur für alle anderen Tabakfabrikate EU-kompatibel auszugestalten. Die Einräumung einer Kompetenz an den Bundesrat, die Steuerbelastung der EU-Mindestbelastung anzunähern (materielle Steuerharmonisierung) lehnt die Kammer jedoch ab. Birgt diese materielle Steuerharmonisierung doch die Gefahr, dass in Zukunft auch weitere Steuern der EU angepasst werden können. Die im Bericht erwähnte Einführung eines Mindestverkaufspreises für Zigaretten lehnt die Kammer als unzulässigen Eingriff in die Wirtschaftsfreiheit ebenfalls ab. Zumal auch die Zielrichtung der Massnahme nicht klar ist. Da mit den geschätzten Mehreinnahmen von 1 Mio. Franken pro Jahr weder der AHV-Fonds massgeblich alimentiert wird, noch mit einer Erhöhung der Zigarettenpreise der Konsum massgeblich beeinflusst werden kann, wie Preiserhöhungen in der Vergangenheit gezeigt haben, bringt ein Mindestverkaufspreis keine nennenswerten Effekte.

3. Dokumentation

Vorlage:

- Schreiben vom 15. September 2006 von economiesuisse
- Begleitbericht der Eidgenössischen Oberzolldirektion vom 6. September 2006
- Bundesgesetz über die Tabakbesteuerung

Papier AIHK:

Schreiben vom 8. November 2006 an economiesuisse

3.10 Revision 09 der Militärgesetzgebung, Entwürfe A bis C

1. Um was geht es?

Im Zuge der Revision von 2004 wurden im Militärgesetz vor allem Sachbereiche geändert, die im Zusammenhang mit der Armee XXI standen. Im Laufe der Zeit haben sich aber auch andere Punkte ergeben, die einer Revision bedürfen und nicht direkt mit der Armee XXI in Zusammenhang stehen.

Neben Anpassungen im Bereich des Datenschutzes, den Bestimmungen zu friedensfördernden Einsätzen im Ausland und der Neuregelung gewerblicher Tätigkeiten der Armee, sind die Ausbildungsdienste im Ausland von besonderer Bedeutung. Die diesbezügliche Vorlage sieht vor, dass die Armee ihre Angehörigen zu Ausbildungsdiensten im Ausland verpflichten kann, um grössere Verbandsübungen, welche in der Schweiz aus Platz- und Immissionsgründen nicht mehr möglich sind, durchzuführen.

2. Stellungnahme der AIHK

Die AIHK beschränkt sich in ihrer Stellungnahme auf das aus Arbeitgebersicht wichtigste Thema: die Ausbildungseinsätze im Ausland. Hierbei anerkennt die Kammer die Probleme der Armee bei der Durchführung von Volltruppenübungen von grösseren mechanisierten Verbänden. Sie befürwortet daher auch Ausbildungseinsätze im Ausland, jedoch nur für die Truppengattungen, die wirklich darauf angewiesen sind. Dies trifft vor allem auf Artillerie- und Panzertruppen sowie die Luftwaffe zu. Darüber hinaus sind nach unserer Meinung solche Ausbildungseinsätze auf ein Minimum zu beschränken und sollten die Ausnahme bilden.

Präziserungsbedarf besteht noch bei der effektiven Ausgestaltung solcher Einsätze. Insbesondere die zeitliche Belastung der betroffenen Soldaten, und damit verbunden der Arbeitgeber, ist alles andere als klar. Hier ist die Vorlage, wie auch die diesbezügliche Informationspolitik des Departements für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport (VBS) noch ungenügend.

3. Dokumentation

Vorlage:

- Schreiben vom 28. September 2006 des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes (SAV)
- Begleitbericht des VBS
- Bundesgesetz über Militär und Verwaltung (Militärgesetz)
- Bundesgesetz über die militärischen Informationssysteme

Papier AIHK:

Schreiben vom 14. November 2006 an den SAV

3.11 Parlamentarische Initiative «Schutz der Bevölkerung vor dem Passivrauchen»

1. Um was geht es?

Ausgehend von der parlamentarischen Initiative Gutzwiller, die den Schutz der Bevölkerung vor dem Passivrauchen mittels Anpassung der bestehenden Gesetze verankern will, hat die Kommission soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates SGK-N eine Ergänzung des Arbeitsgesetzes vorgeschlagen. Gemäss der geplanten Bestimmung sind Arbeitsplätze rauchfrei.

2. Stellungnahme der AIHK

Die Kammer ist nicht gegen den Gesundheitsschutz und den Schutz vor Passivrauchen. Dass der Schutz vor Passivrauchen jedoch über eine

Ergänzung des Arbeitsgesetzes verankert wird, lehnt die Kammer als falschen, systemwidrigen Weg ab. Das Arbeitsgesetz enthält in Art. 19 Verordnung 3 zum Arbeitsgesetz bereits eine Bestimmung, wonach Nichtraucher am Arbeitsplatz geschützt werden müssen. Da die parlamentarische Initiative den Schutz der gesamten Bevölkerung und nicht nur der Arbeitnehmenden anstrebt, ist der Weg über das Arbeitsgesetz, welches nur Wirkung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmenden hat, der falsche Weg. Darüber hinaus schafft die geplante Norm noch mehr Probleme bei der Durchsetzbarkeit, da der Arbeitgeber zum Vollzugsverantwortlichen in Sachen Schutz der Bevölkerung vor dem Passivrauchen wird, obwohl ihm von Gesetzes wegen keine Mittel zur Verfügung stehen, diese Bestimmung auch gegenüber Dritten durchzusetzen.

3. Dokumentation

Vorlage:

- Schreiben vom 25. Oktober 2006 des Schweizerischen Arbeitgeberverbandes (SAV)
- Begleitbericht der Subkommission «Passivrauchen» der SGK-N
- 04.476 Parlamentarische Initiative Gutzwiller «Schutz der Bevölkerung und der Wirtschaft vor dem Passivrauchen»
- Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel (Arbeitsgesetz)

Papier AIHK:

- Schreiben vom 13. Dezember 2006 an den SAV
- AIHK-Mitteilungen Nr. 1/Januar 2007, S. 6 ff. «Rauchende Köpfe bei Arbeitgebern»

3.12 Entwurf zu einem Bundesgesetz über die Schweizerische Landeswerbung

1. Worum geht es?

Die Schweizerische Landeswerbung im In- und Ausland wird heute zur Hauptsache von sechs grossen Organisationen auf Bundesebene wahrgenommen. Es sind dies Präsenz Schweiz, LOCATION Switzerland, Schweiz Tourismus sowie Osec, SOFI und Sippo. Diese sind in verschiedenen Departementen angesiedelt, arbeiten gestützt auf verschiedenste gesetzliche (oder andere) Grundlagen und untereinander wenig bis gar nicht koordiniert. Die Situation präsentiert sich als sehr unübersichtlich, zersplittert und demzufolge auch unter unnötigem Verbrauch identischer oder ähnlicher Ressourcen, ohne diese gemeinsam nutzbringend einzusetzen. Im Jahr 2004 wurde in verschiedenen parlamentarischen Vorstössen ein Konzept für die Koordination der Landeswerbung gefordert zwecks Bündelung der Kräfte unter einer

einheitlichen organisatorischen Führung und der Koordination der vorhandenen Synergien. Mit dem vorliegenden Entwurf wird nun vorgeschlagen, die drei erstgenannten Organisationen in einer Bundesanstalt des öffentlichen Rechts unter dem Namen «Schweizerische Landeswerbung» zusammenzuführen und ihre Aufgaben, Kompetenzen und Ressourcen entsprechend zu koordinieren. Die drei letztgenannten, vorab wirtschaftlich orientierten Organisationen, sollen in einer späteren Phase ebenfalls in eine Gesellschaft für Aussenwirtschaft zusammengeführt werden.

2. Stellungnahme der AIHK

Wir begrüssen die vorgeschlagene Zusammenführung und die rechtliche Ausgestaltung als öffentlich-rechtliche Anstalt des Bundes. Die damit angestrebten Ziele einer schlankeren und effizienteren Gesamtorganisation sowie gesetzlich koordinierte Kommunikations- und Handlungsaufträge sind vollumfänglich zu unterstützen. Fraglich bleibt für uns jedoch nach wie vor, ob der vorgesehene Effizienzgewinn und die voraussichtlichen Kosteneinsparungen nicht noch vermehrt optimiert werden könnten. Ebenso scheinen zahlreiche Detailfragen zur konkreten Ausgestaltung der künftigen Organisation in personeller und finanzieller Hinsicht noch etwas unscharf. Ganz besonderes Gewicht legen wir auch auf die zugesicherte und für uns zwingende Unterscheidung der Interessen der Landeswerbung von den spezifisch wirtschaftlich orientierten Tätigkeiten des Business Network Switzerland (Osec), die mit der geplanten zweiten separaten Organisation für Aussenwirtschaft im heutigen Zeitpunkt gesichert scheint.

3. Dokumentation

Vorlage:

- Bericht und Vorlage des seco vom 18. Oktober 2006
- Bericht des Bundesrats über die Koordination der Landeswerbung vom 9. Dezember 2005
- Schreiben von economiesuisse vom 24. Oktober 2006 mit ihrer Grundhaltung zur geplanten Anstalt der Schweizerischen Landeswerbung

Papier AIHK:

Schreiben vom 5. Dezember 2006 an economiesuisse

3.13 Presseförderung mittels Beteiligung an den Verteilungskosten (Änderung von Art. 15 des Postgesetzes)

1. Worum geht es?

Mit der Vorlage sollen die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden, dass abonnierte Zeitungen und Zeitschriften auch nach 2007 von vergünstigten Posttaxen profitieren können. Der Bund soll dafür weiterhin 80 Mio. Franken pro Jahr zur Verfügung stellen.

2. Stellungnahme der AIHK

Die vorgeschlagene Weiterführung der einseitigen Subventionierung von abonnierten Zeitungen und Zeitschriften sowie deren Sanktionierung auf unbestimmte Zeit (aktuell ist die heutige Regelung bis 31. Dezember 2007 befristet) widerspricht einer liberalen und wettbewerbsorientierten Wirtschaftspolitik. Gleichzeitig lässt sie die geänderten und in Zukunft wohl noch stärker ändernden Informationskonsumgewohnheiten der Bürgerinnen und Bürger völlig ausser Acht. Wir unterstützen eine möglichst vielfältige Medien- und Presselandschaft, zur Förderung der Meinungsvielfalt. Dennoch vertreten wir die Ansicht, dass nicht zuletzt dank der neuen und künftigen Informationstechnologien dafür keine staatlichen Subventionen notwendig sind.

3. Dokumentation

Vorlage:

- 06.425 Parlamentarische Initiative SPK-NR. Presseförderung mittels Beteiligung an den Verteilungskosten. Vorentwurf und Bericht der Staatspolitischen Kommission des Nationalrats vom 20. Oktober 2006
- Positionspapier economiesuisse «Wachstumschancen im Postmarkt ergreifen» vom März 2006
- Schreiben von economiesuisse vom 8. November 2006

Papier AIHK:

Schreiben an economiesuisse vom 22. Dezember 2006

4 Beziehungen zur EU

Die bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU sind im Berichtsjahr mehrheitlich problemlos verlaufen, was für unsere Wirtschaft sehr wichtig ist. Unstimmigkeiten bestehen aber nach wie vor in Steuerfragen.

Die Vergrößerung der EU eröffnet Schweizer Unternehmen den Zugang zu neuen Märkten. Sie bringt ihnen auch Vereinfachungen im Aussenhandel, indem für neue EU-Mitglieder grundsätzlich die gleichen Regeln gelten wie für die bisherigen.

Am 25. September 2005 haben die Stimmberechtigten der Ausdehnung der Personenfreizügigkeit auf die zehn neuen Mitgliedstaaten der EU zugestimmt. Am 1. April 2006 hat der erste Teil der mehrjährigen Übergangsfrist zu laufen begonnen. Es gelten somit im Moment je nach Herkunftsland unterschiedliche Regeln für die Zulassung ausländischer Arbeitskräfte.

Mit der Zustimmung zum Osthilfegesetz (Kohäsionsmilliarde) am 26. November 2006 (vgl. Ziff. 3.1) ist eine Trübung der Beziehungen zur EU vermieden worden.

5 Aussenbeziehungen

5.1 Organisationen

Im Rahmen der schwergewichtig auf den Kanton Aargau ausgerichteten politischen Tätigkeit ist die AIHK in regelmässigem Kontakt mit Parlament, Regierung und Verwaltung.

Wir haben auch im Berichtsjahr gute Beziehungen mit Parteien und Verbänden auf kantonaler Ebene, insbesondere mit aargau kmu (Aargauischer Gewerbeverband, AGV), sowie den Spitzenverbänden der Wirtschaft auf schweizerischer Ebene – economiesuisse, Schweizerischer Arbeitgeberverband (SAV) und Vereinigung der Schweizer Industrie- und Handelskammern (SIHK) – pflegen können.

Am 8. Juni 2006 hat das traditionelle Spitzengespräch AIHK – aargau kmu stattgefunden; es sind die wesentlichen Dossiers von beidseitigem Interesse behandelt worden.

Die Geschäftsleitung hat an den Sitzungen der SIHK sowie an den Geschäftsführerkonferenzen von economiesuisse und SAV teilgenommen. Ergänzend finden regelmässige Treffen mit den Schwesterverbänden der Nordwestschweiz statt.

Grenzüberschreitende Kontakte pflegt die Geschäftsstelle im Rahmen der UNION europäischer Industrie- und Handelskammern sowie in der Arbeitsgemeinschaft der Handelskammern (D, F, CH) am südlichen Oberrhein. Wichtig bleibt unsere Verbindung mit unserer direkten EU-Nachbarorganisation, der Industrie- und Handelskammer Hochrhein-Bodensee.

5.2 Medien und Öffentlichkeit

Die Aargauer Medien haben im Berichtsjahr verschiedentlich über Positionsbezüge, Aktivitäten und Veranstaltungen der AIHK berichtet. Dafür gebührt allen Redaktionen und Journalisten Dank und unsere Anerkennung.

Besonders wichtig sind die Berichte und Kommentare über die Wirtschaftsumfrage 2006, die Berichterstattung zur Generalversammlung der AIHK vom 1. Juni 2006 sowie über wirtschaftsrelevante Abstimmungsvorlagen gewesen.

Das Gemeinschaftsprojekt «made im aargau» von Aargauer Zeitung, Zofinger Tagblatt und AIHK ist wiederum zweimal erschienen (22. April und 20. Oktober 2006). Dank gehaltvoller Beiträge der Wirtschaftsredaktion AZ und breiter Unterstützung der Mitgliedunternehmen sind zwei attraktive Hefte entstanden. Neu hat die AIHK pro Ausgabe vier eigenständig gestaltete Seiten für die Behandlung der für sie wichtigen Themen zur Verfügung. Neben politischen Aktualitäten haben darin auch Exportinformationen und Einblicke in die Wirtschaft Platz gefunden.

6 Dienstleistungen

6.1 Veranstaltungen

Im Rahmen unseres Dienstleistungsangebotes haben wir wiederum eine grössere Zahl von Kursen und Veranstaltungen zu günstigen Konditionen für unsere Mitgliedfirmen durchgeführt:

- Einführungskurs Einzelarbeitsvertrag (2 Tage, 20 Teilnehmende)
- «together»: Kontaktanlass für aargauische Studierende und Unternehmen aus dem Aargau (1 Tag, 126 Studierende, 30 Vertreter von 9 Unternehmen)
- Forum für Personalfragen zum Thema «Welche Vorschriften sind beim Einsatz ausländischer Personen zu beachten?» (1/2 Tag, 56 Teilnehmende)
- Seminare und Workshops zu Exportfragen (13 Anlässe, total 130 Teilnehmende)
- Seminar für Mitglieder von Angestelltenkommissionen (3 Tage, 13 Teilnehmende)
- Lehrmeisterkurse (10 Kurse an den Handelsschulen KV Aarau und Baden; je 5 Tage, 224 Teilnehmende)
- Seminar Revisionsrecht (rund 100 Teilnehmende)
- Seminare zum Thema «Mehrwertsteuer» (3 Anlässe, rund 175 Teilnehmende)

Wirtschaftswochen

Im Berichtsjahr haben drei Wirtschaftswochen an den Kantonsschulen in Aarau (Alte Kanti), Wohlen und Zofingen mit rund 60 Teilnehmenden stattgefunden. Vgl. «made im aargau» 2/2006, S. 28 «Schülerinnen und Schüler auf dem Chefsessel».

Wirtschaftsinformationen für Lehrkräfte und Seelsorger

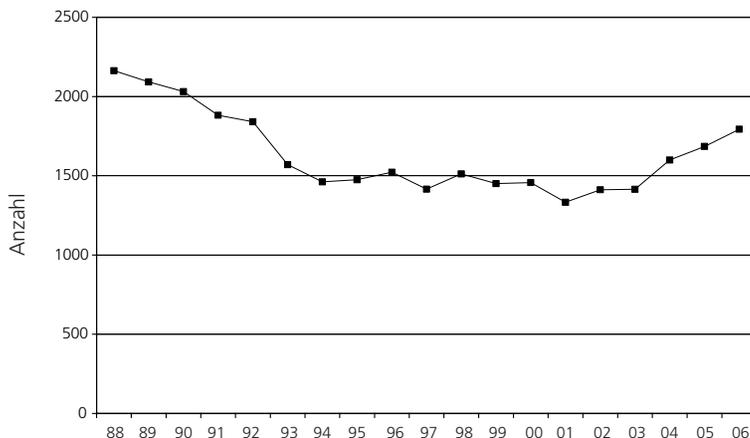
Im Rahmen des Arbeitskreises Schule – Beruf Aargau (asb) haben wir wiederum verschiedene Kontakte zwischen Schule und Wirtschaft hergestellt und Veranstaltungen organisiert.

Die ökumenische Kommission Kirche und Wirtschaft hat wieder eine «Cross-over-Veranstaltung» durchgeführt, welche Kontakte zwischen Personen aus Kirche und Wirtschaft vertiefen helfen soll. Der reformierte Kirchenrat hat bei der Pfiffner Messwandler AG in Hirschthal getagt und das Gespräch mit der Unternehmensleitung gepflegt. Zusätzlich ist erstmals ein Spitzentreffen zwischen Kirchen und Wirtschaft organisiert worden. Daran haben Vertretungen von Kirchenräten der Landeskirchen und der Vorstände der Spitzenverbände der Wirtschaft teilgenommen.

6.2 Export

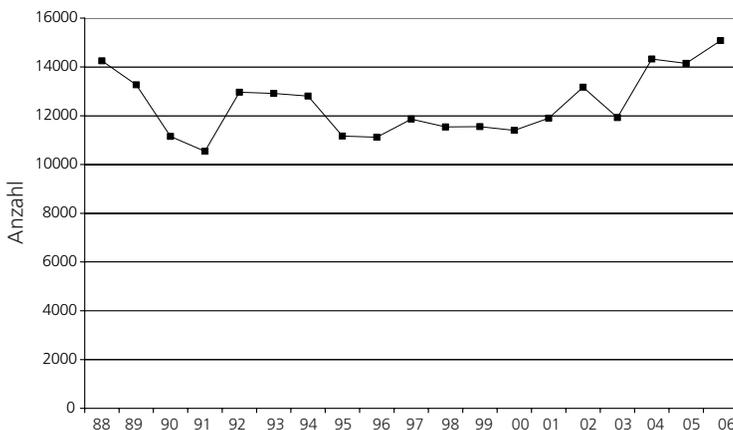
Carnets A.T.A. - Reisedokument für Waren

Im Jahr 2006 wurden 75 % der Carnets A.T.A. über das Internet beantragt. Dies entspricht einer Steigerung von 11 % gegenüber dem Vorjahr. Die Gesamtzahl der Carnets A.T.A. ist um 6,5 % auf 1 794 (Vorjahr 1 685) gestiegen.



Ursprungszeugnisse

Gegenüber dem Vorjahr ist die Anzahl Ursprungszeugnisse um 6,6 % auf 15 078 (Vorjahr 14 142) gestiegen. Das Angebot, das Ursprungszeugnis bzw. Beglaubigungsgesuch direkt im Internet auf unserer Website www.aihk.ch/export/ursprungsbelegung auszufüllen, wird von den Antragstellern immer mehr genutzt.



Exportkurse

Im Jahr 2006 boten wir verschiedene praxisbezogene Workshops und Seminare zu folgenden Themen an:

- Ursprungszeugnisse bzw. Beglaubigungen
- Carnets A.T.A.
- Basisdokumente im Export
- Freihandelsverträge und Ursprungsregeln
- Dokumentar-Akkreditiv
- Maschinenindustrie – Einkauf und Beschaffung von Komponenten und Aufbau einer Produktion in China

Die Workshops und Seminare wurden von unseren Mitgliedern und Kunden sehr zahlreich besucht (vgl. Ziff. 6.1). Sie bieten einen interessanten Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch.

Informationen zum Aussenhandel

Monatlich informieren wir über:

- neue Bestimmungen und Änderungen im Ursprungs- und Zollbereich
- neue Vertragsländer und Spezialfälle im Carnets-A.T.A.-Verfahren
- neue Freihandelsabkommen
- Veränderungen und Entwicklungen im Export

Exportberatung

Wir beraten unsere Mitglieder umfassend:

- bei der Abwicklung von Exportgeschäften
- über Ländervorschriften
- über die Handhabung von Freihandelsabkommen
- über das korrekte Ausfüllen von Exportdokumenten, notwendigen Zertifikaten und Zollformalitäten

6.3 Technologietransfer FITT

Die gute Wirtschaftslage des Berichtsjahres schlug sich auch im Bereich Technologietransfer nieder. Einerseits war die Anzahl der Anfragen zu technologischen Problemstellungen merklich gestiegen und andererseits hatten gegen Ende Jahr deutlich mehr Firmen direkt Ab-

solventen der Ingenieur-Studiengänge gesucht. Über Köpfe findet nach wie vor die effizienteste Art des Technologietransfers statt. Mit der Fusion der drei Fachhochschulen Aargau, Solothurn und beider Basel per 1. Januar 2006 zur Fachhochschule Nordwestschweiz wurde auch der Bereich Technologietransfer, als Teil des vierfachen Leistungsauftrages, tangiert. Im Rahmen des Konsortiums WKNW (Wissens- und Technologietransfer-Konsortium Nordwestschweiz) wurden die Aufgaben zwischen den Wirtschaftsverbänden, der Uni Basel und den beiden Fachhochschul-Satelliten in Windisch und Muttenz neu definiert. Das Netzwerk ermöglicht die Platzierung von Anfragen und Projekten bei den am besten geeigneten Partnerinstitutionen. Zudem konnten erste Erfahrungen in der Zusammenarbeit mit Netzwerken anderer Regionen gesammelt werden.

Aktivitäten

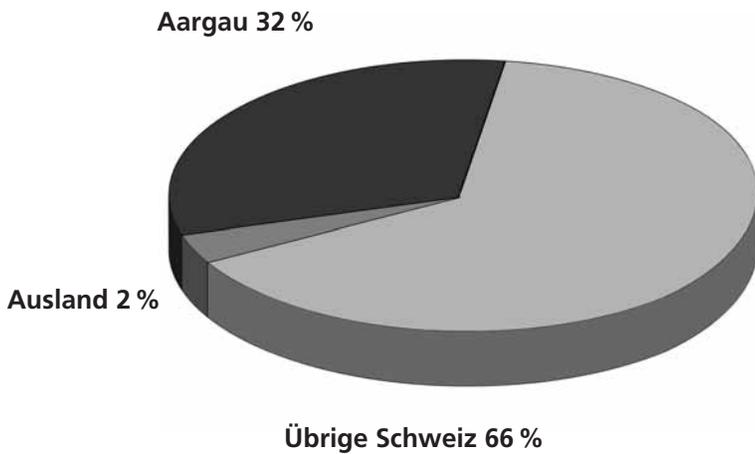
Gegenüber dem Vorjahr konnte die Anzahl der Projekte, welche als Semester- oder Diplomarbeiten durchgeführt werden, nochmals gesteigert werden. Auf Grund des grösseren Einzugsgebietes der FHNW stammen 1/3 der Projekte von Aargauer Firmen und 2/3 aus der übrigen Schweiz.

Im Berichtsjahr war der nationale Tag der Forschung vom 11. Mai 2006 eine gute Gelegenheit die Möglichkeiten der Fachhochschule einem grossen Publikum vorzustellen. Dabei wurde dem Aspekt Technologietransfer grosse Aufmerksamkeit geschenkt. Die Direktorin des Bundesamtes für Berufsbildung und Innovation, Frau Ursula Renold, fasste die Veranstaltung treffend wie folgt zusammen: «Seit nunmehr 10 Jahren erfüllen die Fachhochschulen eine schwierige Aufgabe: Sie müssen Lehre und Forschung betreiben, womit sie Wegweiser und Wegsucher zugleich sind. Am Tag der Forschung haben die Fachhochschulen bewiesen, dass sie nicht nur suchen, sondern auch finden: kreative, umsetzbare Lösungen in allen Lebensbereichen.»

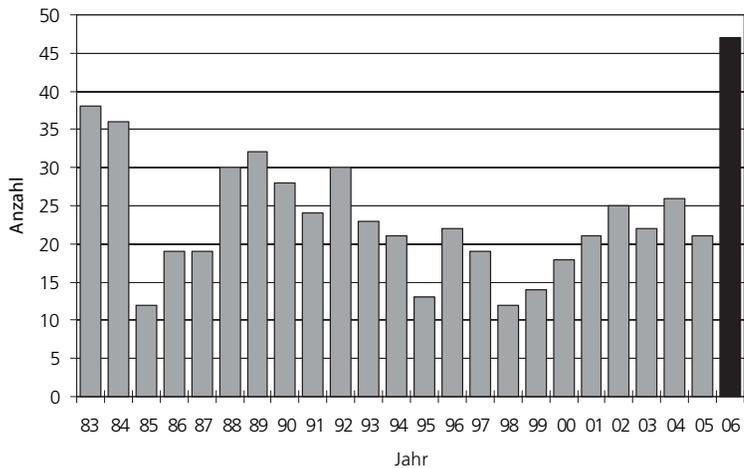
Mit dem Seminar «Impulse für Informatik-Innovationen» konnte einem breiten Publikum gezeigt werden, in welche Stossrichtung die Innovation im Bereich der Informatik geht. In der Folge sind aus dem Kreis der Teilnehmenden direkt mehrere Forschungsprojekte entstanden. Daneben war der Technologietransfer FITT auch am Swiss KMU Event in Baden präsent.

Im Weiteren beschäftigte sich der Technologietransfer FITT auch mit technologie-politischen Fragestellungen wie z.B. dem Technopark Aargau oder der geplanten Förderstiftung. Daneben wurden auch die Kontakte zu den Technologie-Initiativen in den Regionen «Aargau Süd» sowie «Zurzibiet» weiter intensiviert. Im Zentrum der Tätigkeit standen die vielfältigen Kontakte mit Unternehmen sowie anderen Technologie-Anbietern.

FITT 2006 Regionale Verteilung



FITT 2006 Anzahl Projekte seit 1983



6.4 AHV-Ausgleichskasse, Familienausgleichskasse und Arbeitslosenkasse

Im Bereich Leistungen sind die Vorbereitungen auf die Rentenerhöhung per 1. Januar 2007 erwähnenswert. Der Bundesrat hatte eine allgemeine Erhöhung von 2,8 % beschlossen. Die vorbereitenden Massnahmen könnten ohne Informatik nicht bewältigt werden. Mit Ausnahme einiger weniger Spezialfälle werden alle Renten automatisch umgerechnet und mit der Zentralen Ausgleichsstelle in Genf abgestimmt. Unsere Rentner erhalten von uns eine schriftliche Bestätigung über die Erhöhung und – was fast noch wichtiger ist – den Hinweis, dass sie uns ihre Adressänderungen mitteilen sollten. Daraus entstehen ca. 800 Mutationen.

Wir führen rund 15 000 Rentendossiers und zahlen über 288 Mio. Franken AHV- und IV-Leistungen aus. An Erwerbsausfall- (EO) und Mutterschaftsentschädigungen zahlten wir rund 11,5 Mio. Franken aus.

Im Jahre 2006 waren insgesamt 1 973 Abrechnungspflichtige (1 606 Firmen inkl. Filialen, 234 Selbstständigerwerbende, 133 Nichterwerbstätige) bei unserer Ausgleichskasse registriert. Davon haben rund 1 210 Firmen sowie 210 Selbstständigerwerbende Beiträge entrichtet. Das Beitragsvolumen betrug knapp 333 Mio. Franken. Mit einem Verwaltungskostensatz von linear 0,35 % zählt unsere Ausgleichskasse zu den günstigsten der Schweiz.

Das Jahr stand ganz im Zeichen der Vorbereitungen für die Einführung der Abrechnungsstelle der Kantonalen Familienausgleichskasse Aargau (FAK) auf 1. Januar 2007. Programme, Daten und Stammdaten mussten vorbereitet werden und in einer Fragebogenaktion bei den Mitgliedfirmen wurden die Versicherungsdaten verifiziert. Sehr viele Mitgliedfirmen rechnen die FAK nicht über unsere Abrechnungsstelle ab: Ausserkantonale sowie mittels Gesamtarbeitsvertrag befreite Mitglieder.

Mit der am 26. November 2006 angenommenen eidgenössischen Familienzulagenordnung werden die Befreiungen wegfallen. Immerhin sind wir nun darauf vorbereitet, auch wenn dies per 1. Januar 2009 einen bedeutenden Mehraufwand bringen wird.

Bei unserer Arbeitslosenkasse können Arbeitslose bzw. Firmen für Kurzarbeitsentschädigungen und Schlechtwetterentschädigung abrechnen, auch wenn sie nicht AIHK-Mitglieder sind. Wir hatten rund 300 Neuanmeldungen von Arbeitslosen zu verarbeiten und zahlten im Durchschnitt an rund 400 Arbeitslose pro Monat Entschädigungen aus. Zusätzlich entrichteten wir an Firmen Kurzarbeits- oder Schlecht-

wetterentschädigungen. Rund 70 % aller Firmen, die im Kanton Aargau von Kurzarbeit betroffen sind, rechnen bei unserer Kasse ab. Der Totalbetrag aller Entschädigungen betrug rund 9,5 Mio. Franken oder rund 4,2 Mio. Franken weniger als 2006.

6.5 Weitere Dienstleistungen

Mit 69 Blauen Briefen sowie 22 Zirkularen sind die Mitgliedfirmen über wirtschaftsrelevante Entwicklungen orientiert und zu Veranstaltungen eingeladen worden.

Die Website www.aihk.ch ist grundlegend überarbeitet und auf die Generalversammlung 2006 aufgeschaltet worden. Sie umfasst neben dem öffentlichen Teil weiterhin einen für AIHK-Mitglieder reservierten Teil (AIHKnet) mit vielen nützlichen Informationen, u.a. einem Archiv unserer Publikationen. Ende 2006 verfügten 410 Mitgliedfirmen über ein Passwort (Vorjahr 351). Unseren Newsletter AIHKnews haben 376 Empfänger per Ende 2006 abonniert (Vorjahr 286).

Einer grossen Zahl von Firmen haben wir konkrete Fragen aus allen Tätigkeitsgebieten beantwortet bzw. die Adressen der für die Beantwortung zuständigen Stellen vermittelt. Das Schwergewicht liegt nach wie vor bei Rechtsfragen, insbesondere aus dem Arbeitsrecht. Im Rahmen unseres Dienstleistungsangebotes sind einige Personalreglemente sowie eine ganze Anzahl von Arbeits- und anderen Verträgen auf Rechtmässigkeit und Praktikabilität überprüft und entsprechende Musterdokumente abgegeben worden.

Über die durchgeführten Kurse und Veranstaltungen gibt Ziff. 6.1 unseres Jahresberichtes Aufschluss.

7 Vereinsangelegenheiten

7.1 Mitgliederbestand

Die Aargauische Industrie- und Handelskammer (AIHK) zählte Ende 2006 1 344 Mitglieder. 53 Zugänge (Vorjahr 53) standen 32 Abgängen (51) gegenüber. Die Abgänge entstanden auf Grund von Geschäftsaufgaben und Firmenzusammenschlüssen.

7.2 Generalversammlung

Die 31. ordentliche Generalversammlung der Aargauischen Industrie- und Handelskammer (AIHK) fand am 1. Juni 2006 im Sport- und Erholungszentrum Tägerhard in Wettingen statt.

Dr. Hans-Peter Zehnder setzte sich in seiner Präsidentialansprache mit drei Themen auseinander: Arbeitgeberpolitik, kantonale Politik und Gesamtwürdigung. Die vollständige Ansprache wurde in den AIHK-Mitteilungen Nr. 6/Juni 2006, S. 62 ff. «Präsidentialansprache» veröffentlicht.

Jasmin Staiblin, Vorsitzende der Geschäftsleitung ABB Schweiz AG, sprach im Anschluss an die statutarischen Geschäfte zum Thema «Fit für die Zukunft? Chancen und Herausforderungen für ein Technologieunternehmen am Standort Schweiz».

Der «Schweizer Arbeitgeber» (Nr. 14 vom 6. Juli 2006, S. 26 ff.) berichtete ausführlich über den Anlass.

7.3 Vorstand

Im Berichtsjahr fanden drei Sitzungen des Vorstandes statt, nämlich am 6. April, am 17. August und am 15. November 2006.

1. Sitzung vom 6. April 2006

Die erste Sitzung im Berichtsjahr bot dem Vorstand zunächst Gelegenheit, sich näher mit der Verkehrs- und Infrastrukturpolitik auseinanderzusetzen. Regierungsrat Peter C. Beyeler, Vorsteher des Departements Bau, Verkehr und Umwelt (BVU), sowie Paul Pfister, Leiter Abteilung Raumentwicklung dieses Departements, präsentierten den

Vorstandsmitgliedern die Berichte «raumentwicklungAARGAU» und «mobilitätAARGAU». Anschliessend befasste sich der Vorstand schwergewichtig mit der Vorbereitung der Generalversammlung vom 1. Juni 2006. Zu deren Händen genehmigte er den Jahresbericht und die Jahresrechnung 2005, befand über die Mitgliederbeiträge für das Jahr 2007 und verabschiedete den Voranschlag 2007. Ausserdem fasste der Vorstand die Abstimmungsparolen für die Volksabstimmung vom 21. Mai 2006. Er beschloss die Ja-Parole zum Bundesbeschluss vom 16. Dezember 2005 über die Neuordnung der Verfassungsbestimmungen zur Bildung, die Ja-Parole zum aargauischen Gesetz vom 6. Dezember 2005 über die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit (Polizeigesetz, PolG) und die Nein-Parole zur aargauischen Volksinitiative vom 19. Oktober 2004 «Mehr Sicherheit für alle!».

2. Sitzung vom 17. August 2006

Anlässlich der zweiten Sitzung liess sich der Vorstand in kontradiktorischen Referaten über die geplante interkantonale Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS-Konkordat) und deren zu erwartenden Auswirkungen auf die Aargauer Wirtschaft informieren. Es referierten einerseits Regierungsrat Rainer Huber, Vorsteher des Departements Bildung, Kultur und Sport (BKS) sowie Grossrat Thierry Burkart, Stiftungsrat der Aargauischen Stiftung für Freiheit und Verantwortung in Politik und Wirtschaft. Verabschiedet wurde das Vorstandsmitglied Dr. Jürg Vollmar, Präsident der Regionalgruppe Lenzburg. Als sein Nachfolger und als neues Vorstandsmitglied wurde Jörg Leimgruber, Präsident des Verwaltungsrates und Direktor der ALESA AG, Seengen, herzlich willkommen geheissen. Jörg Leimgruber hat per 1. Januar 2006 bereits das Präsidium der Regionalgruppe Lenzburg übernommen. Im Weiteren fasste der Vorstand folgende Parolen für die eidgenössische Abstimmung vom 24. September 2006: Nein-Parole zur Volksinitiative «Nationalbankgewinne für die AHV (KOSA)», Ja-Parole zum Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer (AuG) sowie Ja-Parole zur Änderung des Asylgesetzes (AsylG). Ebenfalls fasste der Vorstand die Parolen für die eidgenössische Abstimmung vom 26. November 2006 wie folgt: Ja-Parole zum Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas sowie Nein-Parole zum Bundesgesetz über die Familienzulagen (FamZG).

3. Sitzung vom 15. November 2006

Im Rahmen seiner Jahresschlussitzung befasste sich der Vorstand eingehend mit der Ausrichtung und Schwerpunkten der Kammertätigkeit im Jahr 2007. Im Weiteren erklärte Dr. Hans-Peter Zehnder seinen Rücktritt als Präsident der AIHK auf die Generalversammlung 2007 hin. Im Hinblick auf die notwendige Nachfolgeregelung wurde Daniel

Knecht, Geschäftsführer der Knecht-Bau AG, Brugg, in den Vorstand sowie zum 2. Vizepräsidenten gewählt. Schliesslich fasste der Vorstand zustimmenden Beschluss zur Vernehmlassung über die kantonale KMU-Entlastungsinitiative (Abstimmung voraussichtlich November 2007) und liess sich abschliessend von den Präsidenten der Regionalgruppen der AIHK über deren Tätigkeiten 2006 orientieren.

7.4 Revisionsstelle

Als Revisionsstelle unserer Organisation prüften Erich Baumgartner (NAB), Rudolf Hunziker und Roland Pfister (AKB) die auf den 31. Dezember 2005 abgeschlossene Jahresrechnung im Sinne der gesetzlichen Vorschriften. In ihrem Bericht beantragten sie der Generalversammlung die Genehmigung der Jahresrechnung und Bilanz 2005 und Décharge-Erteilung.

7.5 Regionalgruppen / Personalchefkonferenzen

Die Geschäftsstelle pflegt die Kontakte mit den Präsidenten der Regionalgruppen im Rahmen der Vorstandssitzungen sowie der Veranstaltungen der Regionalgruppen. Auf einen separaten Rapport mit den Präsidenten konnte mangels dringender Geschäfte verzichtet werden.

Die jährliche Besprechung mit den Präsidenten der Personalchefkonferenzen dient in erster Linie dem Informationsaustausch. Daneben nimmt jeweils eine Vertretung der Geschäftsstelle an den Anlässen der verschiedenen Personalchefkonferenzen teil.

Regionalgruppen und Personalchefkonferenzen verfügen neu auf der AIHK-Website über einen Platz für Hinweise auf ihre Veranstaltungen.

7.6 Geschäftsstelle

Im Zusammenhang mit dem altersbedingten Ausscheiden von Dr. Heinz Suter sind Struktur und Aufgabenverteilung der Geschäftsstelle überprüft und angepasst worden.

Die Geschäftsstelle nimmt vielfältige Aufgaben wahr und vertritt die aargauische Wirtschaft in einer Vielzahl von Arbeitsgruppen, Kommissionen und Organisationen. Der vorliegende Jahresbericht gibt einen groben Überblick.

Die wichtigsten Stellungnahmen zu politischen Fragen sind in den Kapiteln 2 und 3 zu finden. Insgesamt sind innerhalb des Berichtsjahres 64 (Vorjahr 60) Geschäfte zur Vernehmlassung eingegangen. Zusätzlich sind von Kommissionen sowie Arbeitsgruppen der Spitzenverbände verschiedene inoffizielle «Vernehmlassungsverfahren» durchgeführt worden. Aus Kapazitätsgründen werden ausschliesslich Vorlagen mit grundsätzlicher (staatspolitischer) Bedeutung, Bezug zum Kanton Aargau oder besonderen Auswirkungen für Betriebe aller Branchen, insbesondere KMU, behandelt.

7.7 Stiftungen Technik und Wirtschaft

Stiftung Technik

Der Stiftungsrat der Stiftung Technik traf sich am 18. Mai 2006 zu seiner jährlichen ordentlichen Sitzung in Windisch. Mit bestem Dank für ihre geleistete Arbeit nahm der Rat Kenntnis vom Austritt von Christian Stein, Hans-Rudolf Wyss und Dr. Urs Küpfer (Aktuar). Neu als Stiftungsräte und -rätin begrüsst wurden die von der AIHK delegierten Rolf Zubler, André Crelier und Doris Wobmann (Aktuarin). Der Stiftungsrat hat insgesamt 217 500 Franken an Beiträgen für neun Projekte ausgeschüttet. Diese Unterstützungsbeiträge werden jeweils in den Fachbereichen Maschinenbau und Wirtschaftsingenieurwesen, Kunst und Bauprozessmanagement sowie Elektrotechnik und Informatik, nach eingehender Antragsprüfung durch die stiftungsinternen Fachkommissionen, gesprochen. Im Weiteren orientierte Prof. Jürg Christener, Direktor der Hochschule für Technik, über den aktuellen Stand der Entwicklungen an und in der Schule, insbesondere über die Vereinheitlichung der Bachelor- und Masterstudiengänge an den sieben technischen Fachhochschulen der Schweiz.

Bereits nach einem Jahr trafen sich am 7. September 2006 die Vertreterinnen und Vertreter der Stiftungsmitglieder zu ihrer Versammlung, ebenfalls in Windisch. Der Präsident der Stiftung, Dr. Werner Berner, informierte die Stiferversammlung über die Aktivitäten der Stiftung, die Mutationen im Stiftungsrat sowie über die Zukunft der Stiftung, auch mit Blick auf das geplante neue Hochschul- und Innovationsförderungsgesetz des Kantons. Prof. Jürg Christener informierte die Anwesenden über den aktuellen Stand der Entwicklungen an der Fachhochschule Nordwestschweiz. Schliesslich konnten die Stiftungsmitglieder zwei der unterstützten Projekte, den Doppelschnecken-Extruder und den Netzwerk-Analysator, beeindruckt und staunend, im laufenden Betrieb besichtigen.

Stiftung Wirtschaft

Das erste Treffen des Stiftungsrates der Stiftung Wirtschaft fand am 29. März 2006 statt. An dieser Sitzung wurde die Jahresrechnung 2005 genehmigt. Der Präsident orientierte über den Verlauf der Gespräche zur Zukunft der Stiftung. Beschlossen wurde, den Studentenaustausch des Fachbereichs Wirtschaft der FHNW mit einem finanziellen Beitrag zu unterstützen.

Am 8. November 2006 tagte der Stiftungsrat zum zweiten Mal in diesem Jahr. Der Stiftungsrat wurde von Prof. Dr. Rolf Schaeren, Mitglied des Stiftungsrates, über die Entwicklung der FHNW informiert. Um den Studentenaustausch mit neuen Destinationen wie Neuseeland, USA und Australien finanzieren zu können, beantragte der Fachbereich Wirtschaft einen Unterstützungsbeitrag, welcher vom Stiftungsrat genehmigt wurde. Neben diesen Aktivitäten konnte der Stiftungsratspräsident Ernst Käser im September anlässlich der Diplomfeier des Fachbereichs Wirtschaft der FHNW, den von der Stiftung mit 1 500 Franken dotierten Preis «Student of the Year» an Herrn Marc Steinmann übergeben.

7.8 Paritätische Kommission für Angestelltenfragen

Die Paritätische Kommission hat ihre Jahressitzung am 26. Oktober 2006 bei der AIHK in Aarau abgehalten. Sie hat sich mit dem Seminar für Mitglieder von Angestelltenkommissionen sowie den Lehrmeisterkursen für Büro- und Verkaufsberufe befasst (vgl. Ziff. 6.1). Beide Kursangebote haben im Berichtsjahr einen guten Zuspruch gefunden.

8 Organe der Aargauischen Industrie- und Handelskammer

(Stand: 1. Januar 2007)

8.1 Ehrenmitglieder

Dr. Ernst Fahrländer, Rothrist, Ernennung: 1985

Hans Erich Roth, Lenzburg, Ernennung: 1995

Kaspar Villiger, Muri b. Bern, Ernennung: 2004

8.2 Vorstand

(Amtsperiode 2004-2008)

1. Dr. Hans-Peter Zehnder, Präsident des Verwaltungsrates und Vorsitzender der Gruppenleitung der Zehnder Group AG, Gränichen, *Präsident*
2. Otto H. Suhner, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Suhner Holding AG, Brugg, *Vizepräsident*
3. Daniel Knecht, Geschäftsführer der Knecht-Bau AG, Brugg, *Vizepräsident*
4. Dr. Hans-Jörg Bertschi, Präsident des Verwaltungsrates der Bertschi AG, Dürrenäsch
5. Rolf Borer, Geschäftsführer der Franke Küchentechnik AG, Aarburg
6. Markus Brandenberger, CFO der ALSTOM (Schweiz) AG, Baden
7. Hans Bürge, Geschäftsleiter der büрге-fischer ag, Safenwil
8. Andreas Buri, Lenzburg
9. Dr. Bruno Covelli, Geschäftsleiter und Delegierter des Verwaltungsrates der Tecova AG, Wohlen
10. Erich Erne, Präsident des Verwaltungsrates der ERNE Holding AG, Laufenburg
11. André Furter, Präsident des Verwaltungsrates der Amedis-UE AG, Unterefelden
12. Daniel A. Gautschi, Mitglied des Verwaltungsrates der Alu Menziken Holding AG, Menziken
13. Willi Glaeser, Präsident des Verwaltungsrates der Wogg AG, Baden
14. Dr. Udo Haas, Direktor der DSM Nutritional Products AG, Werk Sisseln, Sisseln
15. Silvia Huber, Geschäftsführerin der Vivosan AG, Lengnau

16. Thomas Huber, Präsident des Verwaltungsrates und Geschäftsführer der Huber & Co. AG, Oberkulm
17. Christian Kuoni, Delegierter des Verwaltungsrates und CEO der Jakob Müller Holding AG, Frick
18. Veith Lehner, Mitglied der Geschäftsleitung der Max Lehner & Co. AG, Gränichen
19. Jörg Leimgruber, Präsident des Verwaltungsrates der ALESA AG, Seengen
20. Renato Merz, Leiter Personal und Consulting Schweiz der ABB Schweiz AG, Baden
21. Stéphane Meyer, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Lagerhäuser Aarau, Aarau
22. Hans Moor, Präsident des Verwaltungsrates der Müller Martini Holding AG, Hergiswil/Zofingen
23. Rolf G. Schmid, CEO der MAMMUT SPORTS GROUP AG, Seon
24. Martin Schoop, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Schoop + Co. AG, Baden-Dättwil
25. Martin Steiger, Geschäftsleiter der Energiedienst Holding AG, Laufenburg
26. Ernst Utiger, Präsident des Verwaltungsrates der ORGANISATIONS UND TREUHAND AG, Klingnau
27. Richard Wachter, Mitglied des Verwaltungsrates der Richner Bäder und Plättli, BR Bauhandel AG, Aarau
28. Peter Wanner, Verleger der Aargauer Zeitung AG, Baden
29. Hans-Rudolf Wyss, Präsident des Verwaltungsrates der Jäggi AG, Brugg
30. Dr. Armin Zimmermann, Mitglied der Geschäftsleitung der ELRO-WERKE AG, Bremgarten

8.3 Revisionsstelle

(Amtsperiode 2004–2008)

Erich Baumgartner (Neue Aargauer Bank, Aarau)

Rudolf Hunziker (Küttigen)

Roland Pfister (Aargauische Kantonalbank, Aarau)

8.4 Geschäftsstelle

Peter Lüscher, lic. iur., Vorsitzender der Geschäftsleitung

Ursula M. Cavadini, Buchhalterin mit eidg. Fachausweis, Mitglied der Geschäftsleitung

Reto Barbarits, lic. iur., juristischer Mitarbeiter
Doris Wobmann, lic. iur., Rechtsanwältin, juristische Mitarbeiterin
Ruth Bader, Exportfachfrau mit eidg. Fachausweis
Heinz Senn, Exportfachmann
Prof. Daniel Thommen, Dipl. Masch.-Ing. HTL, Technologietransfer FITT
Astrid Erismann, kaufmännische Mitarbeiterin
Marlies Hämmerli, kaufmännische Mitarbeiterin
Monika Hunziker, kaufmännische Mitarbeiterin
Lars Büscher, Praktikant Wirtschaftsmittelschule

8.5 Regionalgruppen

8.5.1 Präsidenten der Regionalgruppen

Aarau (Handels- und Industrieverein Region Aarau)
Richard Wachter (Richner Bäder und Plättli, BR Bauhandel AG, Aarau)

Baden
Markus Brandenberger (ALSTOM [Schweiz] AG, Baden)

Brugg (AIHK Region Brugg)
Hans-Rudolf Wyss (Jäggi AG Brugg, Brugg)

Freiamt
Dr. Armin Zimmermann (ELRO-WERKE AG, Bremgarten)

Fricktal
Martin Steiger (Energiedienst Holding AG, Laufenburg)

Lenzburg
Jörg Leimgruber (ALESA AG, Seengen)

Wynental
Thomas Huber (Huber & Co. AG, Oberkulm)

Zofingen (Handels- und Industrieverein des Bezirks Zofingen)
Hans Bürge (bürge-fischer ag, Safenwil)

Zurzach (Regionalgruppe Zurzibiet AIHK)
Ernst Utiger (ORGANISATIONS UND TREUHAND AG, Klingnau)

8.5.2 Präsidenten der Personalchefkonferenzen

Aarau

Thomas Jost (Schenker Storen AG, Schönenwerd)

Fricktal

Hans Müller (Josef Meyer Waggon AG, Rheinfelden)

Lenzburg

Jörg Leimgruber (ALESA AG, Seengen)

Zofingen

Markus Suter (Müller Martini Druckverarbeitungs-Systeme AG, Zofingen)

8.6 Organe der Ausgleichskasse der Aargauischen Industrie- und Handelskammer

8.6.1 Vorstand

(Amtsperiode 2006-2010)

a) Arbeitgebervertreter

Peter Lüscher, Vorsitzender der Geschäftsleitung AIHK, *Präsident*
Urs Forster, Mitglied des Verwaltungsrates der Stoll Giroflex AG,
Koblenz

Hanspeter Koch, Geschäftsführender Partner der perinnova GmbH,
Aarau

Markus Suter, Leiter Personalwesen der Müller Martini Druckverar-
beitungs-Systeme AG, Zofingen

b) Arbeitnehmervertreter

Thaddé Imbach, Sins (INEOS Compounds Switzerland AG)
1 Sitz vakant

8.6.2 Kontrollstellen

Siegenthaler Revision AG, Köniz (Kassenrevision)

Revisionen bei den Firmen:

- SUVA Schweizerische Unfallversicherungsanstalt, Aarau
- Revisionsstelle der Ausgleichskassen, Zürich

8.6.3 Geschäftsstelle, Entfelderstrasse 11, 5001 Aarau

Peter Breidenbach, *Kassenleiter*

**8.7 Organe der Aargauischen Arbeitslosenkasse
Industrie Handel Gewerbe****8.7.1 Aufsichtskommission**

(Amtsperiode 2006–2010)

Peter Lüscher, Vorsitzender der Geschäftsleitung AIHK, *Präsident*

Dr. Peter Birrer, Präsident des Verwaltungsrates der Kistenfabrik AG,
Merenschwand

Urs Forster, Mitglied des Verwaltungsrates der Stoll Giroflex AG,
Koblentz

Hanspeter Koch, Geschäftsführender Partner der perinnova GmbH,
Aarau

Markus Suter, Leiter Personalwesen der Müller Martini Druckverarbeitungs-Systeme AG, Zofingen

8.7.2 Kontrollstelle

seco – Direktion für Arbeit, Bern

8.7.3 Geschäftsstelle, Entfelderstrasse 11, 5001 Aarau

Peter Breidenbach, *Kassenleiter*

**8.8 Paritätische Kommission für
Angestelltenfragen****a) Arbeitgebervertreter**

Isabelle Enzmann, Möhlin

Rolf Herter, Rheinfelden

Hanspeter Koch, Aarau

Peter Lüscher, Aarau

Thomas Mauchle, Aarau

Urs Müller, Killwangen

Regula Zimmerli, Aarau

b) Arbeitnehmervertreter

KV Aargau

Bruno Breitschmid, Wohlen

Werner Jäggi, Aarau

2 Sitze vakant

Schweizerische Kader-Organisation, Aargau

Regina Ammann Schoch, Nussbaumen

René Werder, Lupfig

Markus Wernli, Gipf-Oberfrick

9 Aargauische Wirtschaftszahlen

1. Allgemeine Daten

1.1 Wohnbevölkerung

Bezirk	Einwohner am 31. 12. 2003			Einwohner am 31. 12. 2004			Einwohner am 31. 12. 2005		
	Schweizer	Ausländer	Total	Schweizer	Ausländer	Total	Schweizer	Ausländer	Total
Aarau	51587	13507	65094	52159	13704	65863	52536	13946	66482
Baden	90078	30466	120544	90410	30661	121071	90821	31275	122096
Bremgarten	52170	12078	64248	52378	12305	64683	52526	12464	64990
Brugg	35819	9204	45023	35860	9275	45135	35806	9370	45176
Kulm	28871	7600	36471	28857	7748	36605	28842	7858	36700
Laufenburg	22903	3766	26669	23168	3844	27012	23467	4002	27469
Lenzburg	38679	8983	47662	38983	8980	47963	39414	9187	48601
Muri	25619	3463	29082	25911	3559	29470	26103	3686	29789
Rheinfelden	31682	7574	39256	32105	7699	39804	32512	7922	40434
Zofingen	48419	11264	59683	48788	11584	60372	48996	11893	60889
Zurzach	24130	6948	31078	23976	7115	31091	23839	7189	31028
Kanton Aargau	449957	114853	564810	452595	116474	569069	454862	118792	573654

1.2 Entwicklung des Volkseinkommens

Jahr	Volkseinkommen			Volkseinkommen pro Kopf	
	Schweiz (in Mio. Fr.)	Kanton Aargau (in Mio. Fr.)	Anteil des Kantons Aargau (in %)	Schweiz (in Fr.)	Kanton Aargau (in Fr.)
1994	292085	22001	7,5	41508	42302
1995	300819	22533	7,5	42483	42890
1996	305778	22835	7,5	43034	43177
1997	320167	23049	7,2	45009	43411
1998	328812	23978	7,3	46105	44970
1998*	341311	24343	7,1	47857	45654
1999*	345686	24728	7,2	48235	46070
2000*	362293	26543	7,3	50255	49112
2001*	355840	27336	7,7	48844	49908
2002*	356589	26782	7,5	48562	48395
2003*	380123	26843	7,0	51333	48330
2004**	392285	27126	6,9	52627	48153

* nach ESVG 95 angepasste Werte

** provisorische Werte

1.3 Komponenten des Volkseinkommens

Anteile der einzelnen Komponenten in %

Jahr	Kanton Aargau			Schweiz		
	Primäre Einkommen private Haushalte	Öffentliche Haushalte	Kapitalgesellschaften	Primäre Einkommen private Haushalte	Öffentliche Haushalte	Kapitalgesellschaften
1990	90,4	5,0	4,6	87,4	4,4	8,3
1995	90,2	5,8	4,0	88,0	5,0	7,1
1996	90,7	5,7	3,5	87,6	4,8	7,5
1997	89,8	5,7	4,5	84,9	4,8	10,3
1998	89,9	5,8	4,3	84,2	4,8	11,1
1998*	95,4	-0,2	4,8	87,7	-0,6	12,8
1999*	95,6	-0,2	4,6	87,9	-0,5	12,6
2000*	95,7	-0,2	4,4	89,2	-0,1	11,0
2001*	96,3	-0,2	3,9	92,0	-0,3	8,4
2002*	96,6	-0,4	3,8	91,6	-0,6	9,0
2003*	95,1	-0,2	5,2	85,1	-0,3	15,3
2004**	94,5	-0,2	5,7	83,7	-0,2	16,5

* nach ESVG 95 angepasste Werte

** provisorische Werte

1.4 Aussenhandel (Kanton Aargau/Schweiz)

Jahr	Aargau			Schweiz		
	Ausfuhr in Mio. Fr.	Einfuhr in Mio. Fr.	Handelsbilanz-Saldo in Mio. Fr.	Ausfuhr in Mio. Fr.	Einfuhr in Mio. Fr.	Handelsbilanz-Saldo in Mio. Fr.
1990	5179	8590	-3411	88257	96611	-8354
1994	5744	8766	-3022	95827	92608	3219
1995	5920	9322	-3402	96236	94483	1753
1996	6019	9415	-3396	98589	96664	1925
1997	6361	10252	-3891	110417	110087	330
1998	6717	11306	-4589	114055	115847	-1792
1999	7557	12563	-5006	120725	120057	668
2000	8506	13806	-5300	136015	139402	-3387
2001	8602	13701	-5099	138492	141889	-3397
2002	8092	13404	-5312	136523	130193	6330
2003	7546	13511	-5965	135405	129743	5662
2004	7998	14113	-6115	147388	138778	8610
2005*	8458	15214	-6756	162991	157544	5447
2006	9467	20598	-11131	184887	177260	7627

* Mit der Übernahme internationaler Normen enthalten die Aussenhandelszahlen ab 2005 auch den Handel von elektrischem Strom, die Retourwaren und den Lohnveredlungsverkehr

1.5 Spartätigkeit und Hypothekaranlagen im Kanton Aargau (in Mio. Fr.)

Jahr	Spar- einlagen	Depositen- und Einlagenhefte	Kassen- obligationen	Hypothekar- anlagen
1985	8710	2151	4788	15 577
1990	9723	2872	8297	26 406
1995	16283	5248	7109	34 956
1996	17416	5444	6053	36 254
1997	18365	5298	5133	38 293
1998	18159	5264	4468	39 867
1999	17489	5879	3715	40 460
2000	15407	5548	3992	42 453
2001	15534	6002	4195	44 105
2002	16887	6615	–	48 219
2003	18789	7053	–	51 434
2004*		26 692	–	53 370
2005		27 778	–	56 203

* ab 2004 werden die Zahlen der 1. und 2. Spalte nicht mehr einzeln veröffentlicht

2. Betriebe

2.1 Anzahl Betriebe im sekundären Sektor nach Branchen und Bezirken (Betriebszählung 2005)

	Aarau	Baden	Bremgarten	Brugg	Kulm	Laufenburg	Lenzburg	Muri	Rheinfelden	Zofingen	Zurzach	Kanton Aargau
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	8	23	12	6	15	8	17	18	6	9	7	129
Textilien und Bekleidung	21	15	11	5	5	2	12	3	4	30	2	110
Lederwaren und Schuhe	1	0	0	2	3	1	6	0	0	0	1	14
Holzbe- und -verarbeitung	26	55	54	26	33	21	40	41	28	61	35	420
Papier, Verlag und Druck	51	67	42	15	24	7	34	11	17	28	13	309
Chemie	5	13	9	3	0	4	7	6	2	14	3	66
Gummi- und Kunststoffwaren	6	11	16	6	7	4	10	12	6	3	6	87
Nichtmet. Mineralien	14	16	10	6	6	6	8	4	7	10	3	90
Metallbe- und -verarbeitung	50	118	65	50	72	22	75	58	25	64	39	638
Maschinenbau	31	52	36	23	24	16	38	32	17	38	23	330
El. Geräte, Feinmechanik	35	137	38	27	19	11	28	17	21	28	15	376
Fahrzeugbau	5	6	5	1	2	0	4	1	3	5	1	33
Sonst. verarbeitendes Gewerbe	42	53	20	19	18	10	27	12	10	33	29	273
Energie- und Wasserversorgung	5	12	5	5	1	5	1	3	1	4	3	45
Baugewerbe	262	510	310	187	195	130	264	195	187	301	172	2713
Übrige	3	5	2	3	0	2	4	1	1	2	3	26
Total	565	1093	635	384	424	249	575	414	335	630	355	5659

2.2 Anzahl Betriebe im tertiären Sektor nach Branchen und Bezirken (Betriebszählung 2005)

	Aarau	Baden	Bremgarten	Brugg	Kulm	Laufenburg	Lenzburg	Muri	Rheinfelden	Zofingen	Zürzach	Kanton Aargau
Handel, Reparaturen	561	1104	580	295	316	194	540	246	284	606	257	4983
Gastgewerbe	156	272	135	114	93	63	108	76	77	139	83	1316
Verkehr, Nachrichtenübermittl.	93	168	101	66	51	50	105	53	63	96	62	908
Kredit- und Versicherungsgewerbe	44	76	39	14	8	13	16	16	12	27	7	272
Immob.wesen, Informatik, F + E	624	1334	588	352	201	194	388	184	266	420	188	4739
Öffentl. Verwaltung, Landesverteid.	19	29	26	33	19	25	22	22	16	21	24	256
Unterrichtswesen	55	73	33	33	21	11	31	11	19	25	14	326
Gesundheits- und Sozialwesen	254	304	137	116	87	46	93	40	91	128	64	1360
Übrige	232	335	166	120	102	66	128	80	96	158	78	1561
Total	2038	3695	1805	1143	898	662	1431	728	924	1620	777	15721

3. Im Handelsregister eingetragene Firmen (Kanton Aargau)

	31. 12. 90	31. 12. 95	31. 12. 00	31. 12. 05	31. 12. 06
Einzelfirmen	6377	8198	8620	10290	10210
Kollektivgesellschaften	817	1010	999	874	873
Kommanditgesellschaften	167	210	188	169	166
Aktiengesellschaften	7812	8704	8884	8970	8916
Gesellschaften mit beschränkter Haftung	107	757	3249	5577	5984
Genossenschaften	887	900	840	723	687
Institute und Körperschaften des öffentlichen Rechts	15	15	16	–	–
Vereine	96	119	158	211	225
Stiftungen	1518	1323	1195	1081	1064
Zweigniederlassungen:					
a) schweizerische Firmen	381	437	412	428	423
b) ausländische Firmen	17	21	47	52	55
Total	18194	21694	24608	28375	28603

4. Beschäftigungsstruktur

4.1 Entwicklung der Erwerbstätigen nach Sektoren und Bezirken (Volkszählung)

	1990											
	Aarau	Baden	Bremgarten	Brugg	Kulm	Laufenburg	Lenzburg	Muri	Rheinfelden	Zofingen	Zurzach	Kanton Aargau
Sektor 1	528	1044	918	768	790	743	689	1387	581	993	681	9122
Sektor 2	11305	18551	11389	7139	7895	5131	8967	4391	7211	12986	5719	100684
Sektor 3	20330	39307	17222	13137	7861	4940	11867	6143	8678	13710	7689	150884
Nicht zuteilbar	828	1952	1101	740	492	367	770	332	713	975	512	8782
Total	32991	60854	30630	21784	17038	11181	22293	12253	17183	28664	14601	269472

	2000											
	Aarau	Baden	Bremgarten	Brugg	Kulm	Laufenburg	Lenzburg	Muri	Rheinfelden	Zofingen	Zurzach	Kanton Aargau
Sektor 1	614	1144	777	979	592	647	682	1044	548	757	646	8430
Sektor 2	8585	15833	9097	5996	6474	4607	7394	4364	5772	9989	4918	83029
Sektor 3	20132	38633	19267	13313	8844	6451	13563	7879	10717	16362	8088	163249
Nicht zuteilbar	3656	7633	4273	2587	2152	1478	2768	1766	2044	3462	1802	33621
Total	32987	63243	33414	22875	18062	13183	24407	15053	19081	30570	15454	288329

Quelle: Datenbank Statistisches Amt des Kantons Aargau

4.2 Anzahl Beschäftigte* im sekundären Sektor nach Branchen und Bezirken (Betriebszählung 2005)

	Aarau	Baden	Bremgarten	Brugg	Kulm	Laufenburg	Lenzburg	Muri	Rheinfelden	Zofingen	Zurzach	Kanton Aargau
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	1990	919	197	236	178	131	933	160	421	375	285	5825
Textilien und Bekleidung	234	52	155	14	130	51	99	14	39	525	15	1328
Lederwaren und Schuhe	2	0	0	37	6	10	115	0	0	0	1	171
Holzbe- und -verarbeitung	173	283	384	147	140	210	285	151	216	259	287	2535
Papier, Verlag und Druck	895	1161	382	602	261	111	546	103	278	1612	86	6037
Chemische Industrie	604	283	604	37	95	1553	150	282	3347	1246	52	8253
Gummi- und Kunststoffwaren	399	421	1112	95	394	41	409	685	221	101	97	3975
Nichtmet. Mineralien	39	315	102	210	132	206	265	27	72	209	18	1595
Metallbe- und -verarbeitung	745	1078	591	726	1688	369	720	497	225	1325	309	8273
Maschinenbau	486	1163	740	353	661	727	1163	754	388	1476	151	8062
El. Geräte, Feinmechanik	1827	8248	458	920	129	78	755	125	144	322	214	13220
Fahrzeugbau	21	35	58	2	25	0	11	5	179	46	6	388
Sonst. verarbeitendes Gewerbe	368	403	97	158	218	62	168	49	91	290	731	2635
Energie- und Wasserversorgung	282	692	90	1114	25	145	125	42	51	89	1044	3699
Baugewerbe	3719	4304	2077	1629	1114	1401	1721	1211	1530	2573	1306	22585
Übrige	32	43	49	34	5	41	104	41	63	27	33	472
Total	11816	19400	7096	6314	5201	5136	7569	4146	7265	10475	4635	89053

* Voll- und Teilzeitbeschäftigte

4.3 Anzahl Beschäftigte* im tertiären Sektor nach Branchen und Bezirken (Betriebszählung 2005)

	Aarau	Baden	Bremgarten	Brugg	Kulm	Laufenburg	Lenzburg	Muri	Rheinfelden	Zofingen	Zurzach	Kanton Aargau
Handel, Reparaturen	6592	11951	4036	3011	1829	1193	4277	1387	1919	5577	1805	43577
Gastgewerbe	1329	2561	899	891	530	372	1147	416	787	1060	626	10618
Verkehr, Nachrichten- übermittlung	3459	2657	981	1279	646	486	2212	347	1304	1154	632	15157
Kredit- und Versicherungsgewerbe	1965	1348	433	628	206	170	355	159	260	390	167	6081
Immob.wesen, Informatik, F + E	3963	7015	2200	3489	686	857	2376	689	1680	2168	624	25747
Öffentl. Verwaltung, Landesverteidigung	3089	920	477	612	228	232	684	187	382	433	302	7546
Unterrichtswesen	2859	3543	1362	1512	594	485	1051	446	774	1167	575	14368
Gesundheits- und Sozialwesen	6471	5042	1881	2533	1422	762	1192	1109	2011	2976	1205	26604
Übrige	2197	1966	743	815	399	299	630	306	411	664	372	8802
Total	31924	37003	13012	14770	6540	4856	13924	5046	9528	15589	6308	158500

* Voll- und Teilzeitbeschäftigte

5. Arbeitsmarkt

5.1 Ganzarbeitslose, Teilarbeitslose, ausgefallene Stunden, offene Stellen

	Arbeitslose		Kurzarbeit		ausgefallene Stunden		offene Stellen	
	Aargau	Schweiz	Aargau	Schweiz	Aargau	Schweiz	Aargau	Schweiz
1985								
Dez.	1366	30044	134	1453	5757	67000	717	8314
1990								
Dez.	740	25141	29	1611	1329	103863	1910	13056
1995								
Dez.	8862	157115	1080	9159	53006	505967	181	3702
2000								
Dez.	3967	69724	40	434	2289	26161	1169	10817
2003								
Dez.	11318	162835	337	5190	16765	283872	416	6043
2004								
Jan.	11698	168163	752	5967	35869	383062	980	9451
Feb.	11554	165979	796	6594	46046	400519	1137	11189
März	11320	160849	552	5532	37012	366449	1003	11513
April	10615	155061	451	4835	26543	282970	964	11211
Mai	10078	148816	342	3756	16092	221590	774	9592
Juni	9907	144103	179	2996	11099	175677	728	9568
Juli	9864	143125	49	1437	3608	79107	642	8577
Aug.	10145	145923	106	1191	8323	67761	532	7909
Sept.	10131	146341	91	1895	8570	107555	531	7696
Okt.	10123	147911	36	2346	1865	141261	493	7264
Nov.	10210	152409	124	2933	6340	168572	490	7376
Dez.	10641	158416	150	2400	8129	137205	433	6359
2005								
Dez.	9970	151764	128	1247	8155	77747	506	7341
2006								
Jan.	10403	154204	194	1353	11762	94179	732	9287
Feb.	10088	150099	74	2208	7124	125779	752	10971
März	9711	143249	54	1589	5244	120784	899	11721
April	9227	136360	47	1216	3061	75677	861	10888
Mai	8731	129486	40	827	2671	49159	1159	12370
Juni	8337	122837	40	558	3155	38062	809	12559
Juli	8187	121725	23	502	1224	28928	732	11529
Aug.	8355	123074	14	293	927	18725	795	11782
Sept.	8108	121876	4	383	143	26762	654	11266
Okt.	7909	122765	1	372	48	29294	772	11203
Nov.	7835	124133	1	473	48	35981	740	11062
Dez.	8185	128580	–	262	–	17635	703	10072

5.2 Entwicklung der Arbeitszeitbewilligungen (Kanton Aargau)

Erteilte Bewilligungen seco:

Jahr	Bewilligungen	Betroffene Arbeitnehmer					
		Nachtarbeit	Sonntagsarbeit	Verschiebung der Grenzen der Tagesarbeit	Zweischichtige Tagesarbeit	Drei- und mehrschichtige Arbeit	Ununterbrochener Betrieb
1995	348	1544	251	1425	4704	–	789
1996	466	2113	407	1949	5363	–	1080
1997	488	2270	540	1882	5146	–	1440
1998	497	2312	457	1644	5036	–	1206
1999	572	3347	867	1571	6092	–	953
2000	467	3241	878	1055	4453	–	1018
2001	439	4924	1131	541	2862	–	1081
2002	371	4903	1345	55	833	–	784
2003	398	8153	1596	–	211	–	999
2004	507	8218	1867	–	–	–	1196
2005	653	9638	3129	–	–	–	1252
2006	229	4072	1363	–	–	–	374

Erteilte Bewilligungen AWA:

Jahr	Bewilligungen	Betroffene Arbeitnehmer					
		Nachtarbeit	Sonntagsarbeit	Verschiebung der Grenzen der Tagesarbeit	Zweischichtige Tagesarbeit	Drei- und mehrschichtige Arbeit	Ununterbrochener Betrieb
1995	1296	2602	5728	6030	210	–	27
1996	1787	2371	9145	5686	239	20	74
1997	2190	2007	11984	7012	305	77	74
1998	2087	1698	10616	6455	190	61	74
1999	2129	2984	9219	6910	250	142	74
2000	2020	3143	11579	3183	213	110	93
2001	1697	2105	13064	644	61	62	110
2002	1357	1941	11103	85	7	12	18
2003	1272	2041	11013	35	–	–	104
2004	1165	2736	11349	–	–	2	56
2005	1235	2686	11884	–	–	–	18
2006	1175	2074	11239	–	–	–	6

5.3 Lehrverhältnisse (Ende 2006) (Kanton Aargau)

	Neu vereinbarte Lehrverhältnisse	Gesamtbestand Lehrverhältnisse
Landwirtschaft, Gartenbau, Forstwirtschaft	324	689
Nahrungsmittel und Getränke	152	388
Textilherstellung, -verarbeitung und -veredelung	50	127
Holz- und Korkbearbeitung	212	613
Papierherstellung und -verarbeitung	15	28
Grafisches Gewerbe	74	248
Lederherstellung und -verarbeitung	5	13
Chemische Industrie	18	52
Kunststoffherstellung und -verarbeitung	8	40
Stein-, Erden- und Glasverarbeitung	11	22
Metallherstellung und -bearbeitung, Maschinenbau	1448	4162
Schmuckherstellung	1	5
Baugewerbe	255	608
Malerei	101	334
Produktionsarbeiter (soweit nicht an anderer Stelle eingeordnet)	8	34
Technische Fachkräfte und Hilfsberufe	267	820
Büroberufe	939	2532
Verkaufsberufe	697	1994
Lastwagenführer	27	55
Gastgewerbe und Hauswirtschaft	378	736
Reinigung, Gebäudewartung und Kleiderpflege	19	51
Körperpflege	204	437
Berufe der Heilbehandlung	317	838
Künstlerische und verwandte Berufe	11	29
Übrige	332	617
Total	5873	15066

5.4 Lehrabschlüsse (2006) (Kanton Aargau)

	Prüflinge			Durchgefallen	
	männlich	weiblich	Total	Total	
Büroberufe	352	658	1010	122	
Verkaufsberufe	155	488	643	67	
Gewerblich-industrielle Berufe	2191	963	3154	309	
Total	2698	2109	4807	498	

5.5 Entwicklung der Lehrverhältnisse und Lehrabschlüsse (Kanton Aargau)

	Neu vereinbarte Lehrverhältnisse	Geamtbestand Lehrverhältnisse	Lehrabschlüsse
1990	4423	13 004	4709
1995	4426	11 763	3943
1998	5033	13 144	3840
1999	5092	13566	3916
2000	5286	13 982	3968
2001	5348	14295	4297
2002	5093	13946	4496
2003	4975	13768	4391
2004	5306	13969	4281
2005	5530	14458	4420
2006	5873	15066	4309

5.6 Anlehren 2006 (Kanton Aargau)

	Anlehrausweise	Neueintritte	Gesamtbestand
Landwirtschaft, Gartenbau, Forstwirtschaft	14	20	30
Nahrung und Getränke	4	15	22
Textil und Bekleidung	6	5	9
Holzbearbeitung	19	6	8
Grafisches Gewerbe	1	–	–
Chemie, Kunststoffe	–	–	–
Metall, Maschinen	60	51	79
Baugewerbe, Malerei	38	57	75
Büro und Verwaltung	–	–	–
Verkauf	47	1	5
Gastgewerbe, Hauswirtschaft	18	1	3
Körperpflege	8	11	18
Übrige	20	15	24
Total	235	182	273

6. Bautätigkeit

6.1 Entwicklung der Bautätigkeit (in Mio. Fr.) (Kanton Aargau)

	Öffentlicher Bau		Privater Bau			Total
	Tiefbau	Hochbau	Wohnungsbau	Industrie- und Gewerbebau	Übriger privater Bau	
1990	513	373	1483	921	282	3572
1995	580	348	1919	654	295	3796
1999	477	299	1504	452	211	2943
2000	529	335	1459	514	226	3063
2001	443	318	1368	536	173	2838
2002	494	268	1438	545	205	2950
2003	478	349	1512	378	229	2946
2004	519	326	1766	443	243	3298
2005	527	344	1935	525	207	3539

6.2 Bautätigkeit 2005 nach Bezirken (in Mio. Fr.)

Bezirk	Öffentlicher Bau		Privater Bau			Total
	Tiefbau	Hochbau	Wohnungsbau	Industrie- und Gewerbebau	Übriger privater Bau	
Aarau	23	32	226	77	24	382
Baden	82	121	462	86	30	781
Bremgarten	18	27	219	45	25	334
Brugg	15	57	116	33	10	231
Kulm	10	10	82	20	14	136
Laufenburg	15	7	118	23	9	172
Lenzburg	24	22	190	39	12	287
Muri	13	5	106	22	13	159
Rheinfelden	18	22	176	63	7	286
Zofingen	49	19	182	110	13	373
Zurzach	12	5	58	7	24	106
Nicht zuteilbar	248	18	–	–	26	292
Total	527	345	1935	525	207	3539

7. Öffentlicher Haushalt

7.1 Laufende Einnahmen des Kantons (Artengliederung nach Kontengruppen)

	2002 (Mio. Fr.)	2003 (Mio. Fr.)	2004 (Mio. Fr.)	2005 (Mio. Fr.)
Steuern	1676,4	1762,4	1823,2	1885,9
Erträge Regalien, Patente und Konzessionen	71,9	60,8	56,3	77,5
Vermögenserträge	127,8	163,7	167,2	1049,4
Entgelte	632,4	685,6	297,1	251,9
Anteile und Beiträge ohne Zweckbindung	203,3	220,9	255,2	229,7
Rückerstattungen von Gemeinwesen	82,3	90,5	96,7	84,0
Beiträge für eigene Rechnung	353,8	370,6	349,5	379,4
Durchlaufende Beiträge	196,8	199,0	282,2	296,2
Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen	23,4	23,4	928,3	30,8
Interne Verrechnungen	1187,9	191,6	225,4	221,0
Total	3556,0	3768,5	4481,1	4505,8

7.2 Laufende Ausgaben des Kantons (Artengliederung nach Kontengruppen)

	2002 (Mio. Fr.)	2003 (Mio. Fr.)	2004 (Mio. Fr.)	2005 (Mio. Fr.)
Personalaufwand	1540,3	1562,0	2168,3	1268,2
Sachaufwand	398,6	424,3	238,5	250,0
Passivzinsen	72,6	63,5	77,5	70,4
Abschreibungen	29,0	28,1	41,5	31,0
Anteile und laufende Beiträge ohne Zweckbindung	32,7	39,3	38,8	46,0
Entschädigungen an Gemeinwesen	91,6	114,2	103,4	104,9
Eigene laufende Beiträge	787,9	885,3	1040,3	1053,0
Durchlaufende Beiträge	196,8	199,0	282,2	296,2
Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen	60,0	48,4	33,6	931,5
Interne Verrechnungen	187,9	191,6	225,4	221,0
Total	3397,4	3555,7	4249,5	4272,2

7.3 Ausgaben des Kantons (funktionale Gliederung)

	2002 (Mio. Fr.)	2003 (Mio. Fr.)	2004 (Mio. Fr.)	2005 (Mio. Fr.)
Allgemeine Verwaltung Öffentliche Sicherheit, Justiz, Polizei und Feuerwehr	165,9	172,4	174,2	179,1
Bildung	268,3	279,2	280,4	287,5
Kultur und Freizeit	1155,3	1206,1	1147,9	1212,9
Gesundheit	31,2	35,4	27,0	29,3
Soziale Wohlfahrt	679,0	733,1	419,5	401,6
Verkehr	523,9	591,3	625,8	636,1
Umwelt, Raumordnung	341,8	352,1	359,9	392,8
Volkswirtschaft	63,8	73,5	94,4	64,3
Finanzen und Steuern	160,2	166,4	168,3	168,9
Total	387,5	353,1	1359,4	1303,2
Total	3776,9	3962,6	4656,8	4675,7

7.4 Verwaltungsrechnung des Kantons

	2002 (Mio. Fr.)	2003 (Mio. Fr.)	2004 (Mio. Fr.)	2005 (Mio. Fr.)
Laufende Rechnung				
Ausgaben	3397,4	3555,7	4249,5	4272,2
Einnahmen	3556,0	3768,5	4481,1	4505,8
Einnahmenüberschuss	158,6	212,8	231,6	233,5
Investitionsrechnung				
Ausgaben	379,5	406,9	407,3	403,4
Einnahmen	191,3	195,1	200,3	200,7
Nettoinvestitionen	-188,2	-211,8	-207,0	-202,7
Verwaltungsrechnung				
Ausgaben	3776,9	3962,6	4656,8	4675,7
Einnahmen	3747,2	3963,5	4681,4	7406,5
Gesamtdefizit	29,7			
Gesamtüberschuss		0,9	24,6	30,8